

Editorial

Noch eine Veröffentlichung zum Populismus? Auch wenn die Flut der Veröffentlichungen zum Thema mittlerweile kaum mehr zu überschauen ist, hat sich die POLIS-Redaktion dennoch entschieden, ein Heft dazu herauszugeben. Denn alle Welt spricht zwar vom Populismus, ihn aber zu verstehen, ist gar nicht einfach. Deshalb haben wir *Dirk Jörke* und *Veith Selk* um eine Erklärung des Phänomens gebeten, die sie mit der Suche nach den Ursachen der Erfolge der populistischen Mobilisierungen verknüpfen. Mit den Ursachen der Konjunkturen, die der Populismus überall in Europa erfährt, beschäftigt sich auch *Gudrun Hentges* im ihrem Beitrag. Sie fragt auch nach den europapolitischen Folgen, die mit der Dynamik der populistischen Entwicklung verbunden sind. Angesichts dieser Dynamik steht die politische Bildung vor besonderen Herausforderungen. So sieht *Michael May* die Fähigkeit zur rationalen politischen Urteilsbildung unter zunehmendem Druck, und er stellt die Frage, ob „Echokammern“ oder „alternative Fakten“ diese nicht grundsätzlich in Frage stellen. *Andreas Eis*, *Federik Metje* und *Claire Moulin-Doos* begreifen den Populismus als Konsequenz einer zunehmenden Entpolitisierung der Gesellschaft. Die didaktische Werkstatt zum Thema hat für diese Ausgabe *Carl Deichmann* erstellt. Neben den Beiträgen zum Themenschwerpunkt möchten wir den „kritischen Außenblick“, den *Richard Meng* im Verbandsteil auf die politische Bildung wirft, sehr empfehlen. Weiterhin berichtet uns *Hans-Joachim von Olberg* in der Rubrik „Aktuell“ über die Ergebnisse zweier interessanter Studien zum Populismus bzw. Rechtsextremismus.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren für die Mitarbeit und wünschen den Leserinnen und Lesern viel Spaß bei der Lektüre.

Gudrun Heinrich
Martina Tschirner

POLIS

Populismus

Zeitung

Neuer Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung . . . 4

Fachbeiträge

Dirk Jörke, Veith Selk

Populismus verstehen 6

Gudrun Hentges

Konjunkturen des Rechtspopulismus in Europa 10

Michael May

Politische Urteilsbildung unter Druck 13

Andreas Eis, Federik Metje, Claire Moulin-Doos

Populismus: Bedrohung der Demokratie oder Konsequenz von Entpolitisierung? 16

Didaktische Werkstatt

Carl Deichmann

Populismus und Extremismus: didaktische und methodische Herausforderungen für die Politische Bildung 19

Aktuell

Hans-Joachim von Olberg

Aktuelle empirische Studien zum Populismus 23

DVPB aktuell

Impuls: Am Leben vorbei? – Eine Außensicht von Richard Meng . . . 24

Termine 26

Berichte

Bayern: Ort der Reflexion in kontrafaktischen Zeiten 26

Berlin: Erklärung zur Stärkung der Politischen Bildung an

Berliner Schulen 27

–: #aktive Schülerinnen 2017 27

Thüringen: Kamingespräch zu Präsidentschaftswahlen in den USA . . 27

–: Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung am 16.05.2017 28

–: Landesverband verlieh zum 8. Mal in Folge Abiturpreis 28

Nordrhein-Westfalen: Wo bleibt die Politische Bildung? 29

Brandenburg: Neuer Landesvorstand gewählt 29

Rheinland-Pfalz: Vorstellung des DVPB-Vorstands bei Dr. Hubig 30

Schleswig-Holstein: Fachtagung „Fremdenfeindlichkeit und

Antisemitismus“ 30

LITERATUR

Rezensionen 32

Vorschau / Impressum 34



Roland Löffler wird neuer Chef der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen

Dresden. Dr. Roland Löffler (46) ist der neue Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Das Kabinett berief den promovierten Theologen Anfang August in Dresden. Löffler folgt auf Dr. Frank Richter (57), der nach acht Jahren die Leitung der Landeszentrale Anfang dieses Jahr abgegeben hat (siehe POLIS 3/2016, 5 f.).

Seit 1997 war Löffler als freiberuflicher Journalist tätig. Löffler promovierte nach Forschungsaufenthalten in Jerusalem, Oxford, London, Berlin und Stuttgart im Jahr 2005 im Fach evangelische Theologie. Nach einer Gastprofessur an der Université Montréal leitete Löffler ab 2007 das Themenfeld „Dialog der Kulturen“ der Herbert-Quandt-Stiftung in Bad Homburg im Taunus. Im Jahr 2011 wechselte er in die Berliner Repräsentanz der Stiftung und leitete dort das Themenfeld „Gesellschaft und Politik“. Seit April 2017 ist Löffler Leiter der Stiftung „Westfalen Initiative“. Der neue Direktor ist parteilos und Vater von zwei Kindern. Inhaltliche Schwerpunkte seiner Arbeit seien das zivilgesellschaftliche Engagement und die politische Kultur in den ostdeutschen Bundesländern gewesen, teilte das Kultusministerium in Dresden mit.

Zwei Tage nach der Ernennung des neuen Leiters der Landeszentrale gab der bisherige Chef Frank Richter nach 25jähriger Mitgliedschaft seinen Austritt aus der CDU bekannt. Seine Entscheidung begründete er gegenüber der „Sächsischen Zeitung“ vor allem

mit einer fehlenden Diskussionskultur in der Union. Richter kritisierte unter anderem auch Versäumnisse in der sächsischen Schulpolitik. Die CDU-geführte Landesregierung vernachlässige die Allgemeinbildung, vor allem die politische, kulturelle und ethische Bildung im Freistaat. (siehe „FAZ“ vom 10.08.17)

In einem Interview mit der „Leipziger Volkszeitung“ am 16.08. konkretisierte Richter seine Kritik an der fehlenden demokratischen Streitkultur in der CDU und im sächsischen Schulwesen: „Perspektivwechsel und Empathie stehen in vielen sächsischen Lehrplänen als Lernziele, aber nicht nur dort. In der Wirklichkeit gibt es allerdings viel angelerntes Wissen, das wenig mit wirklichem Verstehen zu tun hat. Dabei sind wir Menschen durchaus empathisch und es kann uns sogar Freude machen, sich in den anderen hineinzuversetzen. [...] In vielen Gesprächen habe ich erlebt, dass Unmut auch deshalb entsteht, weil Menschen nicht verstehen, wie die demokratische Grundordnung unseres Staates funktioniert.“

Die DVPB wird aufmerksam beobachten, wie sich der neue Direktor Löffler fachlich in die schwierigen Fragen der Politischen Bildung für das Bundesland Sachsen einarbeiten wird.

Hans-Joachim von Olberg

Politische Bildung gefragt! SPIEGEL-Umfrage offenbart Halbwissen

Hamburg. Die Wählerschaft in Deutschland hat bescheidene politische Kenntnisse. In einer repräsentativen Befragung des Instituts Kantar Public (früher Infratest) im Juli 2017 unter der Bevölkerung ab 18 Jahren wurde ein geringer Informationsstand festgestellt. „Rund die Hälfte der Wahlberechtigten kann die meisten Fragen korrekt beantworten, auch, wie viele Länder Mitglied der Europäischen Union sind [richtig: 28] und wie hoch die Arbeitslosenquote ist [richtig: 6%]. Befragte ab 65 Jahren waren überwiegend informierter als die jüngeren Altersgruppen. Bürger mit höherem Bildungsabschluss oder Einkommen waren an Politik interessierter und ebenfalls informierter als solche mit niedrigerem Einkommen. Frauen sind etwas weniger an Politik interessiert als Männer. Ihr Wissen ist laut der Umfrage aber deutlich geringer: 63 Prozent der Männer beantworteten die Frage nach der Höhe der Arbeitslosenquote korrekt, aber nur 39 Prozent der Frauen. Dieser Kenntnisstand steht in gewissem Widerspruch zum Selbstbewusstsein der deutschen Wähler/innen: 75 Prozent meinten: Ich „bin gut informiert und treffe eine wohlüberlegte Entscheidung“ (DER SPIEGEL 31/2017).

vO

Präsident der Bundeszentrale: Gedenkstätten sollen sich auf Zuwanderer einstellen

Köln. Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, fordert von Gedenkstätten, sich stärker mit der Erinnerungskultur von Zuwanderern zu beschäftigen. Er sagte dem Evangelischen Pressedienst (epd) am 13. August, in Zeiten verstärkter Zuwanderung und einer Gesellschaft, die pluraler wird, müssten unterschiedliche Perspektiven und Geschichten zugelassen werden. Das gelte insbesondere für Gedenkstätten,

die an das NS-Regime und die SED-Diktatur erinnerten. Den Besuchern fehlten teilweise die biografischen Bezüge dazu. Außerdem bräuchten einige von ihnen eigene Diktaturerfahrungen mit. Die Bundeszentrale für politische Bildung fördere Gedenkstätten, die mit Migranten und Flüchtlingen Modellprojekte erarbeiten. Geschichte sollte Krüger zufolge nicht nur eine einzige Deutung haben. Demokratische Gesellschaften müssten stattdessen die Größe haben, unterschiedliche Blickwinkel zuzulassen.

vO

Bayern plant zwei Stunden mehr Sozialkunde am neunjährigen Gymnasium

München. Bayerns Schülerinnen und Schüler bekommen am G9-Gymnasium künftig mehr Unterrichtsstunden als an der bisherigen G8-Form. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf Informatik und politischer Bildung. Das geht aus der Stundentafel für das neunjährige Gymnasium hervor, die Kultusminister Spaenle (CSU) Ende Juli vorgestellt hat. Insgesamt sind 19 Wochenstunden zusätzlich vorgesehen. Weil sie auf ein Jahr mehr verteilt werden, ist die wöchentliche Unterrichtszeit in den meisten Klassen der Unter- und Mittelstufe jedoch geringer. Für die Unterstufe ist grundsätzlich kein Nachmittagsunterricht mehr vorgesehen.

In der Klasse 11 aller Gymnasialzweige soll künftig das zweistündige Fach Informatik unterrichtet werden. Damit verbindet der Kultusminister die Hoffnung, dass sich in der gymnasialen Oberstufe und im Studium mehr Schüler für MINT-Fächer entscheiden. Die politische Bildung wird in Klasse 11 mit zwei zusätzlichen Stunden Sozialkunde und einer Zusatzstunde Geschichte gestärkt. Keine zusätzlichen Stunden gibt es dagegen für die Fächer Wirtschaft/Recht und Geographie. „Das ist keine Abwertung dieser Fächer, sondern das Resultat einer Güterabwägung - die Kunst des Möglichen“, betonte Spaenle. Landeschülersprecherin Acelya Aktas begrüßte die Stärkung der politischen Bildung: „Wir brauchen Raum für Schüler, um zu diskutieren“.

vO

BRAVO YouGov PoliticalResearch



Politische Jugendstudie

von BRAVO und YouGov

Das Meinungsforschungsinstitut YouGov hat am 14. und 15. Juni 2017 für die Zeitschrift BRAVO eine Stichprobe von 14-17-jährigen Jugendlichen online befragt. Die Größe der Stichprobe betrug 522 Probanden, sie war nach Alter und Geschlecht repräsentativ. Einige Ergebnisse sind besonders für die Politische Bildung interessant. Das Vorurteil, die Jugend sei politisch desinteressiert, lässt sich nicht bestätigen; etwa ein Drittel interessieren sich sehr oder ziemlich stark, ein weiteres Drittel mittelmäßig und ein letztes Dritte wenig oder überhaupt nicht für Politik. „Mit 71 Prozent der Jugendlichen ist eine große Mehrheit zufrieden mit der Demokratie als Staatsform und 68 Prozent sehen die Demokratie als beste Staatsform. Lediglich 4 Prozent erachten eine andere Staatsform als besser. Immerhin 16 Prozent erachten allerdings andere Staatsformen als vergleichbar gut wie die Demokratie“, fassen die Forscher ihre Befunde zusammen (S. 5). Die Jugendlichen sollten auch auf die Frage antworten: „In welchem Umfeld kommst du mit Politik in Kontakt?“ Deutlich am Häufigsten wurde mit 76 Prozent ausgewählt: „Wir sprechen in der Schule über Politik“; 57 Prozent nannten Gespräche mit den Eltern und in der Familie und 47 Prozent Gespräche mit Freunden. Auch die meistgenutzte politische Informationsquelle noch vor dem Fernsehen sowie Gesprächen in der Familie ist der Schulunterricht.

Die vollständige Studie ist im Netz verfügbar unter: http://www.wirmuessenreden.net/wp-content/uploads/2017/08/Bravo_Jugendstudie.pdf.

Bundeskongress 2019 in Leipzig

Essen. Die Vorbereitungen für den 14. Bundeskongress für Politische Bildung laufen auf Hochtouren. Zwischen den beteiligten Veranstaltern, der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVVB), der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Bundesausschuss Politische Bildung (bap) ist als Tagungsort Leipzig in Sachsen festgelegt worden. Die große Tagung soll etwas später als ursprünglich geplant im März 2019 stattfinden. Über das Rahmenthema und die genauen Veranstaltungstage wird POLIS in den nächsten Ausgaben informieren.



Fachbeiträge

Dirk Jörke, Veith Selk

Populismus verstehen

Populismus ist in aller Munde.¹ Er wird nicht nur in der Öffentlichkeit heiß diskutiert; auch in der Sozialwissenschaft ist er mittlerweile ein vieldebattiertes Thema. Kein Zweifel, in

tigen zu stellen – und nach den Gründen für die populistische Revolte überhaupt nicht mehr zu fragen.

Jan-Werner Müller beispielsweise bezeichnet populistische Parteien im Anschluss an Richard Hofstadter als „paranoid“ und ist überzeugt, dass der Populismus kein nützliches Korrektiv einer aus dem Ruder gelaufenen Demokratie darstelle, sondern die liberale Demokratie gefährde.³ In der öffentlichen Debatte findet man zahlreiche Urteile dieser Art. Die Folge hiervon ist ein moralisierender Umgang mit dem Populismus – gerade von jenen, die dem Populismus zu Recht einen übersteigerten Moralismus vorwerfen. All das trägt wenig zum Verständnis des Phänomens bei und vertieft den Graben zwischen den „guten Demokraten“ und den „bösen Populisten“. Ein Graben, den nicht nur populistische Politiker für ihre Zwecke auszunutzen wissen.

Im Folgenden soll es deshalb nicht um eine normative Theorie des Populismus gehen, sondern um den Versuch, seine Entstehungsgründe zu verstehen. Wir beginnen mit einer idealtypischen Bestimmung von „Populismus“ (1). Anschließend umreißen wir die Ursachen des Aufstiegs populistischer Parteien und Politiker in den westlichen Demokratien (2) und plädieren abschließend dafür, den Populismus als Warnsignal in der Demokratie zu deuten. Dies setzt die Verabschiedung des liberalen und deliberativen Demokratieverständnisses voraus (3).

Was ist Populismus?

„Populismus“ ist ein umkämpfter Begriff, der stark normative Konnotationen hat und häufig polemisch verwendet wird; dies mit dem Ziel den „populistischen“ Gegner als einen „Volksverführer“ zu diskreditieren – oder aber um sich selbst eine besondere „Volksverbundenheit“ zuzuschreiben. In Deutschland überwiegt die abwertende Begriffsverwendung, die positive Selbstbeschreibung als „Populist“ findet sich selten. Auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur ist die negative normative Konnotation vorherrschend. Dies führt in der sozialwissenschaftlichen Praxis zu einem Changieren zwischen wissenschaftlicher Analyse und normativer Polemik, die der Selbstvergewisserung als „gutem Demokraten“ dient, der auf der richtigen Seite steht.

Der Begriff des Populismus löst affektive Reaktionen aus. Eine gleichsam „nüchterne“ Verwendung des Begriffs scheint fast unmöglich zu sein. Dennoch besitzt er einen analytischen Mehrwert, den man nicht verschenken sollte. Denn er kann dabei helfen, ein Phänomen zu beschreiben, das aus der Realität moderner Demokratien nicht mehr wegzudenken ist und das auf Legitimationsprobleme der Demokratie verweist. Populismus ist nicht nur selbst ein normatives Problem, sondern auch ein Problemindikator.

Zu unterscheiden ist zunächst zwischen populistischen Bewegungen, Parteien und Politikern auf der einen und populistischen Stilelementen auf der anderen Seite. Zu letz-



Dr. Dirk Jörke ist Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Demokratietheorie, Populismus und Geschichte des politischen Denkens.



Dr. Veith Selk ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TU Darmstadt, Arbeitsgebiet: Politische Theorie und Ideengeschichte.

der anhebenden Flut der Veröffentlichungen finden sich erhellende empirische und historisch-theoretische Untersuchungen.² Viele Publikationen widmen sich indes der normativen Frage, wie der Aufstieg des Populismus zu bewerten ist. Ganz analog zur öffentlichen Meinung, wird er mehrheitlich als eine Bedrohung für die Demokratie beurteilt. Damit geht die Tendenz einher, sich von vornherein auf die Seite des vermeintlich normativ Rich-

teren gehören eine Gut/Böse-Rhetorik (Stichworte: „gierige Manager“ oder „Bürokratenwahn“), die Inszenierung von Volkstümlichkeit durch den Griff zum Bierkrug, und das rhetorische Schüren von Ängsten, etwa mit Blick auf den Terrorismus oder die organisierte Kriminalität, in deren Lichte man dann als Sicherheitsbringer – mit „klarer Kante“ – erscheinen will.

Im Folgenden soll es jedoch nicht um diese Stilelemente gehen, die schon lange ein wesentlicher Teil des Kampfs um politische Unterstützung in der Öffentlichkeit sind, sondern um populistische Bewegungen, Politiker und Parteien in der Demokratie – die sich freilich stärker als die etablierten Spitzenpolitiker dieser Stilelemente bedienen und sie radikalisieren, etwa durch ihren bewusst provokativen, Konventionen brechenden Politikstil. Populismus erschöpft sich jedoch nicht in diesen Stilelementen.

Der Erfolg populistischer Politik im hier gemeinten Sinne setzt eine politische *Entfremdungserfahrung* voraus, die einen „populistischen Moment“ erzeugt. Wie man schon länger weiß, sind die westlichen Demokratien durch eine Differenz zwischen politisch aktiver Elite und politisch passiver Bürgerschaft charakterisiert. Wird diese Differenz nicht durch Repräsentationsbeziehungen zwischen Elite und Bürgerschaft überbrückt, entsteht in Teilen der Bürgerschaft die Erfahrung einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft. Diese Spaltung betrifft die grundlegenden Werte, aber auch die Art und Weise, wie der Welt begegnet wird, welche Lebenschancen gesehen werden, was von der Zukunft erwartet wird. Und schließlich: wer das Sagen hat und wer nicht.

Populismus ist durch eine *dünne Ideologie* gekennzeichnet. Im Unterschied zu den politischen Ideologien des Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus besitzt er per se keine politische Programmatik; er artikuliert kein spezifisches politisches Projekt. Er stellt vielmehr eine bestimmte *Form* der Auseinandersetzung dar, die auf eine dualistische Strukturierung des politischen Raums abzielt. Aus diesem Grund muss Populismus in der Praxis mit programmatischen Inhalten

angereichert werden, um als politische Kraft identifizierbar zu sein und Unterstützung zu finden. Diese Inhalte sind immer kulturell geprägt, kontextuell variabel und sie können nahezu allen Seiten des politischen Spektrums entstammen, d. h. es kann einen Links-, Rechts-, und auch einen Populismus der Mitte geben. In Europa ist gegenwärtig freilich der Rechtspopulismus auf dem Vormarsch.

Der Populismus strukturiert den politischen Raum *dualistisch*. Populisten berufen sich auf das „einfache Volk“ bzw. den „common sense“ der „ordinary people“ und inszenieren sich als deren Sprachrohr. Zugleich grenzen sie sich polemisch gegen „die Elite“ bzw. „das Establishment“ ab. Die Unterscheidung zwischen Volk und Elite wird im Populismus *moralistisch* aufgeladen und mit einer Bedrohungsrhetorik versehen. Die Kernbotschaft lautet: Die böse Elite bedroht das gute Volk. Populistische Politiker und Parteien inszenieren sich als Sprachrohr des gu-



ten Volks und sie sagen der Elite symbolisch den Kampf an.

Dieser „Kampf“ richtet sich auch gegen die intermediären Institutionen der repräsentativen Demokratie, vor allem gegen die Parteien und die Medien. Rhetorisch setzen sich populistische Akteure häufig für eine unmittelbare Beteiligung des *Demos* ein, praktisch weisen sie dieselben, zumeist sogar verstärkt, elitären Züge politischer Führung auf, die sie den etablierten politischen Kräften vorwerfen. Aus dem Grunde ist der Populismus durch eine *Spannung* zwischen der Forderung nach direkten Formen der Demokratie

auf der einen Seite und der Bedeutsamkeit charismatischer Politiker, hierarchischer Organisationsstrukturen und der Missachtung demokratischer Verfahren gekennzeichnet. Eine Spannung, die populistische Politiker häufig durch ihre Berufung auf plebiszitäre Legitimität aufzulösen trachten.

Für den *Rechtspopulismus*, der gegenwärtig in West- und Osteuropa vorherrschend ist, sind zudem ein antipluralistisches Verständnis von Demokratie und ein starker, kultureller oder ethnischer Nationalismus charakteristisch. Letzteres führt dazu, dass der Übergang vom Rechtspopulismus hin zum Rechtsradikalismus in der politischen Wirklichkeit fließend ist. Aus einem Populismus *in* der Demokratie kann ein Populismus *gegen* die Demokratie werden.

Was sind die Ursachen?

In den westlichen Demokratien existiert gegenwärtig ein „populistischer Moment“. Er lässt sich als Spaltung zwischen Modernisierungsgewinnern und Befürwortern von Öffnung auf der einen Seite und Modernisierungsverlierern und Befürwortern von Schließung auf der anderen Seite deuten. Während die einen die neuen Zeiten positiv bewerten und für politische, ökonomische und kulturelle Öffnung plädieren, sind die anderen den neuen Zeiten gegenüber skeptisch eingestellt. Sie präferieren die Schließung.

Vereinfacht gesagt, befinden sich auf der einen Seite jene Menschen, die die neuen Zeiten vor allem als eine Chance bewerten und als einen Fortschrittsprozess interpretieren. Sie reisen viel, sind mobil und zeigen sich Fremdem gegenüber aufgeschlossen. Sie vertreten postmaterialistische Werte und verfügen eher über hohe Bildungsabschlüsse. Auf der anderen Seite stehen jene, deren Schulbildung zumeist gering ist, die einen starken Bezug zu ihrer Region und Herkunft haben und die stärker materialistische Werte vertreten. Sie fühlen sich von den neuen Zeiten bedroht, die politischen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen der letzten Jahrzehnte bewerten sie negativ. Sie streben eine Rück-

kehr zu den „guten alten Zeiten“ mit ihren vermeintlichen Gewissheiten an. Soziostrukturell finden sich unter ihnen zwar viele Personen aus den unteren Mittelschichten und der Arbeiterschicht, die in strukturschwachen Regionen leben. Aber bedroht fühlen sich auch Menschen, die sichere Arbeitsplätze oder Kleinunternehmen besitzen.

Hinzu kommt, dass viele Menschen unterschiedlichster sozio-ökonomischer Lage das Gefühl haben, von den politischen oder auch wirtschaftlichen Eliten nicht mehr respektiert zu werden. Dies drückt sich etwa in Redeweisen wie „die da oben“ oder „politische Klasse“ aus. Gestört ist damit das, was im politikwissenschaftlichen Jargon als Responsivität bezeichnet wird. Die Eliten reagieren nur noch unzureichend auf die Bedürfnisse und Interessen großer Teile der Bürgerschaft. Dies hat auf der einen Seite etwas mit der Schwierigkeit zu tun, eine heterogene und fragmentierte Bürgerschaft zu repräsentieren. In dieser Hinsicht übernehmen die Berufspolitiker eine sehr undankbare Aufgabe – und zwar als Sündenböcke. Sie sind die Adresse für Unzufriedene, die sich öffentlich Luft machen wollen. Die fehlende Responsivität hat aber auch etwas mit gegensätzlichen Wertorientierungen in der Elite und in der Bürgerschaft zu tun. Während die ökonomische und politische Elite kosmopolitische Werte bevorzugt, präferiert ein nicht geringer Teil der Bürgerschaft traditionelle Werte, etwa im Bereich der Geschlechterbeziehungen.

Die Ursachen für den Aufstieg des Populismus sind vielgestaltig. Von Bedeutung sind vor allem die fortlaufende Modernisierung der Gesellschaft samt der damit verbundenen Individualisierungs-, Differenzierungs- und Fragmentierungstendenzen; die politische, kulturelle und ökonomische Globalisierung, insbesondere die Steigerung der Interdependenz der Nationalstaaten, die auf die nationalen Kulturen und die hergebrachten Lebensformen umgestaltend einwirkt; die Erosion medialer Filter der politischen Willensbildung durch neue Medien; die Erschöpfung eines im weiten Sinne sozialdemokratischen Verteilungsmodells, das den Kapitalismus auch für abhängig Beschäftigte akzeptabel machte; und schließlich die Zunahme bürgerferner Politik, etwa durch das Anwachsen undurchsichtiger Verhandlungsregime jenseits der

nationalen Öffentlichkeit und der Praxis der etablierten Parteien, den politischen „Markt“ wie in einem Kartell unter sich aufzuteilen – und in den großen politischen Fragen einer Meinung zu sein.

Gerade die linken Parteien, Bewegungen und Gruppen müssen sich fragen, was sie zur Entstehung des „populistischen Moments“ beigetragen haben. Sie hatten jedenfalls ihren Anteil an der starken Moralisierung der Öffentlichkeit, die eine Artikulation einiger politischer Konflikte verhinderte und die nun in Form des Populismus herausgefordert wird. Wer moralisiert, der beschreibt eine Meinung, Gruppe oder Person als nicht achtungswürdig. Demokratischer Streit setzt voraus, dass dieses Mittel der Auseinandersetzung sparsam eingesetzt wird. Wie sich anhand des nahezu inflationären Vorwurfs von Rassismus zeigen ließe, haben Teile der Linken dieses Gebot verletzt. Zudem wurde die Frage ökonomischer Ausbeutung von vielen Linken lange entweder nur stiefmütterlich oder aber klientelistisch verengt behandelt. Im durchaus normativ überzeugenden Eifer kultureller Deutungskämpfe und identitätspolitischer Auseinandersetzungen um Diversität, Anti-Diskriminierung und Toleranzgebote ging das Bewusstsein verloren, dass der Kampf gegen ökonomische Ausbeutung eine zentrale Aufgabe der Linken ist. Bei „Toleranz“ handelt es sich historisch gesehen um ein zentrales Schlagwort des Liberalismus; heute gilt es als Leitbegriff der Linken.

Durch ihre Hinwendung zu einem kulturellen Liberalismus haben große Teile der Linken den Liberalismus insgesamt gestärkt und zu einer Vermählung des ökonomischen Liberalismus mit dem kulturellen Liberalismus beigetragen. Dadurch ging insbesondere den linken Parteien der Teil des Elektorats verloren, den man als unzufriedene Links-Konservative bezeichnen kann. Wähler, die für Umverteilung und zugleich für Schließung sind. Vor diesem Hintergrund ist es nicht unwahrscheinlich, dass sich so einige rechtspopulistische Parteien in Zukunft programmatisch stärker in Richtung einer Art neo-nationalistischer, kulturell illiberaler Sozialdemokratie entwickeln werden, wie es gegenwärtig schon in Frankreich, Schweden und Finnland zu beobachten ist. Kurzum: Der neue Rechtspopulismus ist auch eine Reaktion auf einen hegemonial gewordenen Liberalismus.

Der Populismus ist ein Warnsignal

Der Kern der Demokratie besteht darin, dass die Herrschaftsunterworfenen der Herrschaftsausübung – wie vermittelt auch immer – zustimmen, und zwar nicht nur potentiell, sondern tatsächlich, und sei es durch die Wahl einer Oppositionspartei. In einem „populistischen Moment“ wird diese Form der Zustimmung verweigert. Daher ist es verkürzt, den Populismus lediglich als pathologisch, als einen antimodernistischen Affekt zu denunzieren, wie dies in vielen der jüngeren Veröffentlichungen geschieht. Demgegenüber gilt es, das im Populismus zum Ausdruck kommende Unbehagen an der derzeitigen Demokratie ernstzunehmen.

Es ist in den vergangenen Jahren zu einer kosmopolitischen Überdehnung gekommen, die weniger demokratisch als liberal gewesen ist. Sowohl der ökonomische, als auch der politische und nicht zuletzt der kulturelle Kosmopolitismus haben in den vergangenen beiden Jahrzehnten die westlichen Demokratien rapide verändert. Diese Veränderung ist auch das Ergebnis nicht intendierten sozialen Wandels, aber in großen Teilen ist sie durch politische Entscheidungen bewusst herbeigeführt worden. Wie auch immer man diese Veränderungen bewerten mag, konzedieren muss man wohl: ein beträchtlicher Teil der Bürger und Bürgerinnen lehnt sie ab. Für politische Ordnungen, die sich als Demokratien beschreiben, muss das zum Problem werden.

Die vorherrschende liberale und deliberative Demokratietheorie verfügt indes nicht über die konzeptionellen Mittel, um auf die populistische Herausforderung zu reagieren. Sie begegnet dem Populismus bloß ablehnend und bestätigt ihn damit, und zwar, indem sie die populistische Politik als unterkomplex, unsachlich und irrational denunziert und ihr ein Politikmodell entgegenstellt, das sehr weit von den tatsächlichen politischen Praktiken entfernt ist und sich dadurch als Ideologie entlarvt.

Ihr Politikmodell geht mit zwei Annahmen einher, die verstärkt als Fiktionen bewusst werden. Die erste Annahme ist die Fiktion der politischen Gleichheit, der zufolge in der Demokratie die Norm politischer Gleichheit nicht nur gelte, sondern auch realisiert sei. Die zweite Annahme ist die Fiktion der politischen Rationalität; sie besagt, dass politische Entscheidungen in der Demokratie vernünft-

tig und sachlich gefällt werden. Beide Annahmen sind offenkundige Fiktionen, die die politische Wirklichkeit in westlichen Demokratien sehr verzerrt darstellt. Gleichwohl bilden sie das Fundament der vorherrschenden Theorie der Demokratie.

Vor diesem Hintergrund deutet die liberale und deliberative Demokratietheorie den Populismus als unterkomplex und freiheitsgefährdend. Sie lässt sich geradezu als Antithese zum Populismus verstehen und viele Beiträge zum Populismus sind von ihr inspiriert. Infolge dessen bleiben sie bei einer moralischen Verurteilung stehen, tragen wenig zum Verständnis des Phänomens bei und machen sich selbst angreifbar. Ihre moralische Ausgrenzung des Populismus nach dem Motto „spiel nicht mit den Schmutzkindern“ bestätigt und intensiviert den Populismus sogar noch – vor allem, da diese Ausgrenzung selbst als eine sachliche und vernünftige maskiert wird.

Damit wird zum einen die populistische gut/böse-Unterscheidung reproduziert; hier

die guten Demokraten, dort die bösen Populisten; insofern ist der gegenwärtigen Demokratietheorie, aber auch der medialen Auseinandersetzung mit dem Populismus selbst, ein populistischer Zug eingeschrieben. Zum anderen werden dadurch populistische Reaktionsweisen zusätzlich verstärkt. Wenn man sich unter Bezug auf demokratische Werte in die Schmutzdecke gestellt sieht, als undemokratisch, schlecht, irrational, unsachlich usw. beschrieben wird, dürfte dies den Hass auf die liberale Demokratie und ihre Repräsentanten eher bestärken.

Aber wie soll man auf den Populismus reagieren? Aufgrund der inhaltlichen Unbestimmtheit des Populismus und seine Offenheit für unterschiedliche Inhalte lassen sich zwar keine allgemeinen Aussagen über „den“ Populismus in all seinen Ausprägungen treffen. Gleichwohl liegt dem gegenwärtigen Aufstieg des Populismus ein allgemeines Problem zugrunde. Er muss mithin als Indikator interpretiert werden, der die nachlassende

Integrationskraft der westlichen Demokratie anzeigt. Und er sollte den Eliten als Warnung gelten, die Versprechen der Demokratie wieder ernster zu nehmen. Auf Seiten der Linken sollte er vor allem dazu führen, wieder stärker ökonomische und politische Herrschaft zu thematisieren.

Anmerkungen

- 1 Wiederabdruck unseres unter gleichem Titel in: Forum Wissenschaft, Heft 1 (2017) erschienen Beitrags.
- 2 Siehe etwa Kriesi H./Takis, P. (2015): European Populism in the Shadow of the Great Recession, Colchester und Karin Priester 2012: Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt am Main und New York. Für einen Überblick über jüngere Publikationen siehe Jörke, D. (2017): „Vom Verdammten zum Verstehen? Neuerscheinungen zum Populismus“, in: Neue politische Literatur 62 (1).
- 3 Müller, J.-W. (2016): Was ist Populismus?, Berlin.



Quelle: pixabay.com

Populismus ist in aller Munde – und nicht erst seit der Wahl Donald Trumps.

Gudrun Hentges

Konjunkturen des Rechtspopulismus in Europa

Merkmale des Populismus

Sprechen wir von Populismus, so sind zwei Ebenen voneinander zu trennen – die der *Form* und die des *Inhalts*: Die *Form* bezieht sich auf den Politikstil: eine spezifische Rhetorik und Art der politischen Performance, der direkte Appell an das Volk (jenseits von Schicht oder Klasse), die Fähigkeit, Massen zu mobilisieren und möglicherweise auch die dominante Rolle eines charismatischen Führers.¹ Zugleich arbeiten diese Parteien und

über (schwächeren) sozialen Gruppen, die als Bedrohung betrachtet werden, also gegen Einwanderer, Muslime, Sinti und Roma, aber auch gegen Obdachlose oder Empfänger/innen staatlicher Transferleistungen.

Im Zentrum der politischen Ideologie steht „das Volk“, das meist als ethnisch homogene Abstammungsgemeinschaft konzipiert wird. Im Sinne eines so verstandenen Nationalismus wird versucht, die ethnischen Grenzen mit den territorialen zur Deckung zu bringen. Entscheidend ist laut Jan-Werner Müller, „dass sich im Diskurs des Populismus ein dezidiert Antipluralismus findet“, so dass sich Populisten stets auf das Volk als „moralische Größe“ beziehen (Müller 2016, 66). Dieses ethnisch homogene ‚Volk‘ gilt es zu schützen und zu bewahren – gegen Angriffe von außen und von innen – gegen die Prozesse der Globalisierung, Europäisierung, fortschreitenden Modernisierung und gegen die vermeintlichen „Feinde im Innern“.

Rechts- und Linkspopulismus

Zentrales Unterscheidungskriterium zwischen einem Rechts- und einem Linkspopulismus ist, ob es sich um einen inkludierenden oder exkludierenden Populismus handelt: „Exkludierend ist ein Populismus von Besitzstandswahren und liegt dann vor, wenn, wie in den USA und in Europa, Teile der eigenen (armen, prekär beschäftigten) Bevölkerung oder ‚Fremde‘ (Immigranten, Asylbewerber) von sozialstaatlichen Leistungen und öffentlicher Teilhabe ausgeschlossen werden sollen. In West- und Osteuropa haben sich populistische Parteien zunehmend auf die Exklusion nach außen, auf ethnische Minderheiten oder Immigranten, verlagert. Sie haben ihre neoliberale Ausrichtung der 1990er-Jahre teilweise revidiert und treten auch als Schutzmacht ihrer Wählerklientel aus den unteren, aber autochthonen Schichten auf.“ (Priester 2012, 159).

Ein weiterer – und zentraler – Unterschied besteht darin, dass sich der inkludierende (linke) Populismus auf das Volk im Sinne des *Demos* bezieht, wohingegen das Volk im Sinne von *Ethnos* die zentrale Referenz

des exkludierenden (rechten) Populismus ist (Priester 2012, 64).

Ursachen für die derzeitige Konjunktur des rechten Populismus

Eine Erklärung dieses Phänomens der rechtspopulistischen Konjunkturen kann keineswegs eindimensional erfolgen. Will man das Phänomen angemessen verstehen, so sind gleichermaßen sozio-ökonomische, politische und soziokulturelle Dimensionen zu berücksichtigen.

Bereits in der Zeit nach der sog. Wende der Jahre 1989/90 wurden in Folge der nicht mehr vorhandenen Systemkonkurrenz die in den Nachkriegsjahren errichteten sozialen Sicherungssysteme sukzessive abgebaut. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2007/2008 und die Eurokrise führten zu wachsenden sozialen Ungleichheiten – sowohl innerhalb als auch zwischen den EU-Staaten (Vandenbroucke/Rinaldi 2016). Vor allem in den südeuropäischen Ländern verloren die Gewerkschaften als politische Vertreter der erwerbstätigen Bevölkerung ihre Lohnmacht und Einflussmöglichkeiten und es kam zu einer De-Kollektivierung der Arbeitsbeziehungen.

Durch die unter neoliberalen Vorzeichen vollzogenen Prozesse der Privatisierung u. a. im Bereich Bahn, Post, Gesundheit, öffentliche Dienstleistungen, öffentliche Güter schrumpfte der öffentliche Beschäftigungssektor. Zugleich stieg der Anteil von prekären Beschäftigungsverhältnissen und das aus den USA bekannte Phänomen der „Working Poor“ hielt auch in Europa Einzug. Es entstand, so der Soziologe Heinz Bude, ein neues „Dienstleistungsproletariat“, dessen Angehörige, obwohl sie – formal gesehen – über ein unbefristetes und vollzeitiges Normalarbeitsverhältnis verfügen, kaum dazu in der Lage sind, ihre Lebenshaltungskosten zu decken (Bude 2014). Oliver Nachtwey hat diese sozio-ökonomische Entwicklungen treffend als ‚Abstiegsgesellschaft‘ charakterisiert, die die Bürger zu enormen Anstrengungen zwingt, um einen sozialen Abstieg zu verhindern bzw. den Lebensstandard zu erhalten (Nachtwey 2016).



Prof. Dr. Gudrun Hentges leitet den Lehr- und Forschungsbereich „Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung“ an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln.

Bewegungen mit der immer wiederkehrenden Argumentationsfigur, der „kleine Mann auf der Straße“ sei massiv bedroht durch Anfeindungen von außen und innen. Folglich nehmen die Bewegungen und Parteien des rechten Populismus für sich in Anspruch, den „einfachen Bürger“ gegen jene Gefahren zu schützen, die von der politischen und wirtschaftlichen Elite und zugleich vom Islam, den Einwanderern und den sozialen Gruppen am Rande der Gesellschaft ausgehen.

Der *Inhalt* steht in Zusammenhang mit der Strategie des ‚double closure‘ (Keller 1992). Rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien unterschiedlicher Couleur ist gemeinsam, dass sie sich zugleich nach oben und nach unten abgrenzen. Nach oben erfolgt die Abgrenzung gegenüber den etablierten traditionellen Parteien, die seit Beginn der 1950er Jahre die Staaten regieren oder die politische Opposition gestellt haben. „Die da oben“ meint einerseits die Eliten, denen Korruption, Vetternwirtschaft oder Privilegiensicherung vorgeworfen wird, andererseits aber auch die Journalisten und die Medien, die pauschal als „Lügenpresse“ bezichtigt werden. Nach unten erfolgt die Abgrenzung gegen-

Die politische Dimension steht in Zusammenhang mit einem massiven Vertrauensverlust in die repräsentative Demokratie – verbunden mit einer Absage an Parteien, Bundestag, -regierung, die Presse und auch mit einer Absage an die europäische Integration und die EU-Institutionen. Für dieses Phänomen hat Colin Crouch den Begriff ‚Postdemokratie‘ geprägt. Die Politik ist demnach darauf ausgerichtet, den öffentlichen Dienst und somit die Verwaltung, das Gesundheitswesen, die Schulen und Hochschulen sukzessive der Logik des Marktes zu unterwerfen; Wahlkämpfe sind zu einem reinen Spektakel gekommen, denn die „reale Politik“ werde „im Schatten dieser politischen Inszenierungen (...) hinter verschlossenen Türen gemacht“ – „von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Crouch 2008, 10).

Hinzu kommt ein Vertrauensverlust in jene Parteien (und Gewerkschaften), die (traditionell) die Interessen der Arbeiter/innen vertraten und dem linken Parteienspektrum zugeordnet werden konnten. Vielfach haben

sich die sozialdemokratischen, sozialistischen oder (euro-)kommunistischen Parteien im Sinne von ‚New Labour‘ oder im Sinne einer Politik des ‚Dritten Wegs‘ zunehmend an einem Wählerklientel orientierten, das aufstiegsorientiert und beruflich erfolgreich war. Sie sind somit politisch in die Mitte gerückt sind.

Wie der französische Soziologie Didier Eribon in seinem autobiographisch inspirierten Buch „Rückkehr nach Reims“ beeindruckend geschildert hat, vollzog sich in einigen Regionen Frankreichs eine Hinwendung von Sympathisanten der Parti Communiste Français (PCF) hin zum Front National: „Bei den Wahlerfolgen des Front National vollzog sich dieser Prozess der politischen Selbstkonstruktion mittels einer – zumindest im Moment der Wahl entstehenden – Allianz sozialer Schichten, die sich zuvor feindlich gegenüberstanden. Die gewichtigste Folge des Verschwindens der Arbeiterklasse und der Arbeiter, ja des Klassenbegriffs überhaupt aus dem politischen Diskurs, war die Aufkündigung der alten Allianz zwischen Ar-

beitern und anderen gesellschaftlichen Gruppen (Beamte, Angehörige des öffentlichen Dienstes, Lehrer usw.) innerhalb des linken Lagers, die den Weg freimachte zu einem neuen, größtenteils rechts verankerten oder sogar rechtsextremen ‚historischen Block‘ (Gramsci), der heute Teile der prekarierten und verwundbaren Unterschicht mit Leuten aus Handelsberufen, mit wohlhabenden, in Südfrankreich lebenden Rentnern, ja sogar mit faschistischen Exmilitärs und traditionalistischen Katholiken verbindet“ (Eribon 2016, 127 f.).

Eribon interpretiert diese Hinwendung zur extremen Rechten als „eine Art politische Notwehr der unteren Schichten“, die versuchen, ihre „kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten“ (ebd., 124). Somit handelt es sich laut Eribon um eine Krise der politischen Repräsentation, die vor allem von jenen erlebt wird, die sich auf den unteren Stufen der gesellschaftlichen Hi-



Quelle: pixabay.com

Bröckelt Europa oder sollte man Europa nicht besser neu beginnen?

erarchie wiederfinden – auf der Suche nach einer politischen Kraft, die die Existenz von Arbeitern nicht leugnet, sondern diese ganz gezielt anspricht und vorgibt, deren Interessen zu vertreten.

Die von Eribon bereits angesprochene, soziokulturelle dritte Dimension der Erklärung bezieht sich auf Fragen der Anerkennung. Angesichts der oben skizzierten sozio-ökonomischen Umbrüche in der Arbeitswelt, d.h. der Ausbreitung von prekärer Arbeit, befristeter Beschäftigung, Saisonarbeit, Leiharbeit, Crowdwork etc., vermittelt sich gesellschaftliche Anerkennung nur noch für einen Teil der Bevölkerung über die Prozesse der wirtschaftlichen Teilhabe. Der Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung trifft sehr drastisch jene, die von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind und – angewiesen auf staatliche Transferleistungen – einen Rückbau oder Abbau sozialer Sicherungssysteme erleben. Er trifft aber auch jene, die zu den ‚working poor‘ zählen, d.h. jene, die von ihrer Arbeit nicht leben können und sich in der „Zone der Verwundbarkeit“ befinden (Castel 2000). Betroffen sind zudem auch jene, die – (noch) erwerbstätig – Angst vor dem sozialen Abstieg haben, sei es die Entwertung der erworbenen Qualifikation aufgrund technologischer Entwicklungen, sei es durch Standortverlagerungen oder Entlassungen.

2011 konstatierte Axel Honneth noch: „Für einen Anstieg öffentlichen Aufruhrs gib es nur wenige Anzeichen. Der Kampf um Anerkennung scheint sich eher in das Innere der Subjekte verlagert zu haben, sei es in Form von gestiegenen Versagensängsten, sei es in Formen von kalter, ohnmächtiger Wut.“ (Honneth 2011). Mit Blick auf Pegida können wir durchaus konstatieren, dass es seit dem Herbst 2014 zu einem Anstieg des öffentlichen Aufruhrs gekommen ist (wenn auch nur regional auf Dresden und Leipzig begrenzt).

Was hat das mit Rechtspopulismus zu tun? „Postdemokratie“, „regressive Modernisierung“ und „Kampf um Anerkennung“ führen keineswegs automatisch zu einem Erstarken des Rechtspopulismus. Doch offenbar ist es den Kräften am rechten Rand – unterschiedlicher Provenienz – in den letzten Jahren gelungen, diese politische, ökonomische und kulturelle Ausgangskonstellation für sich zu nutzen, um davon zu profitieren. In einer Situation, in der sich Parteien und Bewegun-

gen am rechten Rand formiert haben, die mutmaßlich drängende gesellschaftliche Probleme explizit oder implizit aufgreifen, ist die Bereitschaft vielfach sehr groß, diesen Kräften einen Vertrauensvorschuss zu gewähren und bei politischen Wahlen für sie zu votieren.

Was bedeutet das zum Beispiel für die EU?

Zweifelsohne befindet sich die EU in ihrer größten Krise seit Inkrafttreten der Römischen Verträge. Es handelt sich um eine multiple Krise, d.h.:

- eine Krise im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik,
- eine Krise der europäischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit einer extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland (50,3 %), Spanien (43,9 %), Italien (39,2 %),
- eine Krise, in der es den EU-Mitgliedsstaaten nicht zu gelingen scheint, eine gemeinsame humane Flüchtlingspolitik zu entwickeln,
- eine Krise, in der die EU-Bürger/innen eine europäische Identität ablehnen und in der Nationalismus, Re-Nationalisierung und nationale Identitäten eine Renaissance erleben (Hentges/Nottbohm/Platzer 2017).

Welche Perspektiven hat ein solcher Staatenbund? – angesichts der bestehenden Tiefe der ökonomischen Integration von EG-Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion keine besonders guten. So konstatiert Thomas Piketty bereits jetzt einen „desaströsen Umgang mit der Finanzkrise“, die sich „durch eigene Schuld in eine europäische Dauerkrise verwandelt“ hat. Ein zentrales Problem liegt darin, dass eine Eurozone existiert – ohne „gemeinsamen sozial- und bildungspolitischen Unterbau“. Piketty fordert „eine wirkliche, demokratische und soziale Neugründung der Eurozone“ – als einzige Chance, um die nationalpopulistischen Bewegungen, die sich derzeit in ganz Europa ausbreiten und etablieren in die Grenzen zu verweisen (Piketty 2016, 37).

In der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parteien ist demzufolge die Aufmerksamkeit weniger auf diese selbst als auf die Beseitigung der den Rechtspopulismus begünstigenden Ursachen zu lenken. Mit eingeschlossen ist dabei die Reorganisation der europäischen Verhältnisse. Das

Manifest „Europa Neu begründen“, das im Frühjahr 2016 veröffentlicht wurde und von einem breiten Kreis von Unterstützern mitgetragen wird, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. „Europa Neu begründen“ zeigt, dass die politischen Akteure (Gewerkschaften, attac, Transparency International, Medico International, Institut Solidarische Moderne u.a.) nichts Geringeres fordern als einen politischen Kurswechsel, um ein Havarie zu vermeiden: „Wenn wir mit Kopf und Herz umsteuern, werden wir alle daran wachsen: menschlich, gesellschaftlich und wirtschaftlich. Wenn wir jetzt in unsere Zukunft investieren, wird Deutschland in zehn Jahren ein stärkeres, ein sozial gerechteres und ökologisch nachhaltigeres Land sein, als es heute ist. Mit einem solchen Kurswechsel wird Deutschland zugleich helfen, bei uns und in anderen Ländern neues Vertrauen in die Zukunft Europas zu schaffen: Ein solidarisches, demokratisches und soziales Europa ist möglich!“

Anmerkung

- 1 Der Text basiert auf meinem Beitrag „Die rechtspopulistische Gefahr in Europa“, in: Politikum, Heft 1/2017, S. 42-50.

Literatur

- Bude, H. (2014): Gesellschaft der Angst, Hamburg.
- Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt/Main.
- Eribon, D. (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin.
- Hentges, G./Nottbohm, K./Platzer, H.-W. (2017) (Hg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden.
- Honneth, A. (2011): Verwilderungen. Kampf um Anerkennung im frühen 21. Jahrhundert. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, S. 37-45.
- Keller, F. (1992): Die Empörung der ‚schweigenden Mehrheit‘. Rechtspopulismus in der BRD und der Schweiz 1960 bis 1990, Zürich.
- Müller, J. W. (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Frankfurt/Main.
- Nachtwey, O. (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt/Main.
- Piketty, Th. (2016): Ein New Deal für Europa. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2016, S. 36-37.
- Priester, K. (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt/Main.
- Vandenbroucke, F./Rinaldi, D. (2016): Soziale Ungleichheit in Europa. Die Herausforderungen Konvergenz und Kohäsion, Berlin.

Michael May

Politische Urteilsbildung unter Druck

Rationale politische Urteilsbildung ist so etwas wie der Fixstern am Himmel politischer Bildung und politikdidaktischen Denkens. Neben der Vermittlung von politischem Wissen, der Anbahnung von politischer Handlungsfähigkeit sowie der Ausbildung politischer Einstellungen richten sich politische Bildungsprozesse vor allem auf die Ausbildung der politischen Urteilsfähigkeit der (zukünftigen) Bürgerinnen und Bürger (Detjen et al. 2012; Detjen 2013; Reinhardt 2016, 23 f.). Es ist an dieser Stelle nicht nötig, den Nachweis zu führen, ob und inwiefern politischer Urteilsbildung eine bedeutende Rolle in der politischen Bildung der Demokratie zukommt (Juchler 2005). Vielmehr soll das Phänomen untersucht werden, dass politische Urteilsbildung in Politik und Gesellschaft immer mehr unter Druck zu geraten scheint. Die traditionellen Schwierigkeiten der Ausbildung von Urteilsfähigkeit bei den Lernenden, die durch die gleichzeitige Verpflichtung des Bildungsprozesses auf einende demokratische Grundwerte **und** die Ermöglichung pluraler Urteile entstehen, werden in letzter Zeit durch das Phänomen des ‚Postfaktischen‘ gesteigert. ‚Echokammern‘, ‚alternative Fakten‘ und ‚Bullshit‘ scheinen nicht nur eine Herausforderung für politische Urteile zu sein, sondern die Grundlagen politischer Urteilsbildung, wie sie die Politikdidaktik versteht, in Frage zu stellen.

Zur Voraussetzungshaltigkeit politischer Urteilsbildung

Bevor diese Infragestellung näher beleuchtet wird, müssen noch einmal die Grundlagen politischer Urteilsbildung, wie sie in der Politikdidaktik diskutiert werden, festgehalten werden. Einen großen Einfluss auf die Diskussion um politische Urteilsbildung in den letzten 20 Jahren ist den Arbeiten von Peter Massing (1995) zuzuschreiben. Trotz abweichender Schwerpunktlegungen bei anderen Didaktikerinnen und Didaktikern werden doch die zentralen Unterscheidungen von Peter Massing weithin geteilt. Peter Massing definiert wie folgt:

„Ein politisches Urteil ist die wertende Stellungnahme eines Individuums über einen politischen Akteur oder einen politischen Sachverhalt unter Berücksichtigung der Kategorien Effizienz und Legitimität, mit der Bereitschaft, sich dafür öffentlich zu rechtfertigen“ (Massing 2003, S. 94).

Betrachtet man diese Definition etwas näher, dann lassen sich drei Bestimmungskriterien eines politischen Urteils erkennen. *Erstens* muss es eine „wertende Stellungnahme“ enthalten. Gemeint sind damit nicht im engeren Sinne moralische Urteile, die angeben, inwiefern etwas moralisch geboten ist, sondern evaluative Stellungnahmen, die postulieren, dass etwas „als gut oder schlecht, als geeignet oder ungeeignet, als zustimmungswürdig oder ablehnenswert“ (Detjen 2013, 11 f.) erscheint.

Zweitens enthalten politische Urteile eine Begründung der evaluativen Stellungnahme. Zu berücksichtigen sind hierbei die Begründungskategorien der *Effizienz* sowie der *Legitimität*. Mit diesen Kategorien knüpft Massing faktisch an die Arbeiten von Max Weber zur „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“ (Weber 1988) an:

Dies bedeutet, dass Begründungen sowohl der Frage nachgehen müssen, inwiefern die evaluative Stellungnahme auf sachlicher Richtigkeit als auch auf moralischer Angemessenheit beruht. Dies kann an einem Beispiel erläutert werden: Die Bemühungen von Donald Trump, die Einreise von Menschen aus mehrheitlich muslimischen Ländern einzuschränken, müssen sowohl im Hinblick auf die damit verknüpften Wirkungsannahmen (Verhinderung von Terroranschlägen) als auch hinsichtlich der Passung zu zentralen gesellschaftlichen Werten (Sicherheit, Anti-

diskriminierung) beurteilt werden. Dies zeigt auch: Effizienz- und Legitimitätsfragen sind im politischen Urteil miteinander verwoben; die Kategorien lassen sich aber gleichwohl separat analysieren.

Die Sach- und Werturteilsdimension evaluativer Stellungnahmen sind mit verschiedenen Perspektiven zu verknüpfen. Effizienz und Legitimität können im Hinblick auf politische Akteure, Betroffene und das gesellschaftliche (Sub-)System thematisiert werden. In der Zusammenstellung ergibt sich damit folgende Begründungsmatrix für politische Urteile (siehe Abb. 1).

Prof. Dr. Michael May hat die Professur für Didaktik der Politik an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena inne.



Drittens – und dies schließt unmittelbar an die Begründung von politischen Urteilen an – ist nach Massings Definition individuellen politischen Urteilen das Potential eigen, einem diskursiven Prozess ausgesetzt und dort im Hinblick auf intersubjektive Haltbarkeit überprüft werden zu können. Auch hier kann Massings Ansatz an Überlegungen aus der politischen Theoriegeschichte geschärft werden: So betont Hannah Arendt, dass die Güte eines politischen Urteils sich in dessen „Mitteilbarkeit“ und intersubjektiven Geltung erweist (Arendt 1998, S. 57).

So sehr Massing betont, dass dieses Konzept von politischer Urteilsbildung nicht geeignet sei, den Lernenden ein bestimmtes oder gar das richtige Urteil zu vermitteln, so wenig legt es doch eine inhaltliche Beliebigkeit nahe. Orientiert man sich am Urteilsraster, ist nicht jedes Urteil möglich. Dass vor allem die Begründungskategorien der Effizienz und Legitimität sowie die Berücksichtigung verschie-

Beurteilungsmaßstab	Sichtweisen (Perspektiven)		
Politisch-gesellschaftliche Rationalität	Politische Akteure	Adressaten	System
Kategorie: Effizienz			
Kategorie: Legitimität			

Abb. 1: Begründungsmöglichkeiten eines politischen Urteils (Massing 2003, S. 97)

dener Perspektiven weit mehr als formal-inhaltsleere Richtlinien der Urteilsbildung sind, wird vor allem dadurch deutlich, dass in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung sowohl die sicher geglaubte Effizienz-Kategorie (durch ‚alternative Fakten‘, ‚Echokammern‘, ‚postfaktisches Zeitalter‘) als auch die ohnehin weichere Rationalität der Legitimitäts-Kategorie (durch Egoismen wie „America first!“) unter Druck geraten.

Herausforderung durch das ‚Postfaktische‘

Am überraschendsten erscheint die offene Infragestellung der Effizienz-Kategorie (Sachurteil) in der aktuellen Entwicklung des öffentlichen Diskurses. Wie bereits angedeutet, ist der Kern dieser Kategorie die Korrespondenz des Sachurteils mit der Erfahrungsbasis, mit empirisch gesicherten Fakten und Ursache-Wirkungsanalysen. Was im Sachurteil behauptet wird, muss eine Entsprechung in der wirklichen Welt haben, um Anspruch auf Geltung erheben zu können.

Wenn in der politischen Theorie die Abweichung von dieser Norm der empirischen Triftigkeit thematisiert wurde, so erfolgte das in der Regel unter Bezugnahme auf das Phänomen der Lüge. Der politische Lügner sagt wissentlich und willentlich die Unwahrheit und versucht aus meist machtpolitischen Gründen, uns die Wahrheit, die er kennt, vorzuenthalten.

Was sich neuerdings aber vermehrt in der politischen und gesellschaftlichen Realität zeigt, ist nicht, dass politische Urteile auf Lügen aufgebaut werden, sondern auf „Bullshit“. Auch beim Bullshit geht es um die vehemente Darstellung von vorgeblichen Wahrheiten (AfD: „Mut zur Wahrheit!“) aus strategischen Gründen, vor allem um ein bestimmtes Bild von sich selbst und der Welt zu vermitteln. Allerdings geht es nicht um wissentlich und willentlich geäußerte Unwahrheiten, sondern um bloßes Gerede und Hörsagen, die dem Zweck der Selbstinszenierung dienen. Harry G. Frankfurt, der bereits in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts eine Theorie des Bullshits erarbeitet hat, macht den Unterschied zwischen Lüge und Bullshit wie folgt deutlich:

„Sowohl der Bullshitter als auch der Lügner erwecken (den allerdings falschen) Eindruck, sie wollten etwas Wahres mitteilen. In beiden Fällen hängt der Erfolg davon ab, daß sie uns in bezug auf diesen Umstand zu täuschen vermögen. Doch der Lügner verbirgt vor uns, daß er versucht, uns vor einer korrekten Wahrnehmung der Wirklichkeit abzubringen. Wir sollen nicht wissen, daß er uns etwas glauben machen möchte, was er selbst für falsch hält. Der Bullshitter hingegen verbirgt vor uns, daß der Wahrheitswert seiner Behauptung keine besondere Rolle für ihn spielt. Wir sollen nicht erkennen, dass er weder die Wahrheit sagen noch verbergen will“ (Frankfurt 2014, 40 f.).



Das „Bullshitten“ scheint dabei weite Teile von Gesellschaft und Politik ergriffen zu haben. Das ‚Postfaktische‘ führt nicht dazu, dass sich alle permanent belügen, sondern dazu, dass die Orientierung an Tatsachen einfach weniger wichtig erscheint (Hendricks und Vestergaard 2017, S. 5). Beispiele sind, wenn etwa in sozialen Netzwerken Falschmeldungen ungeprüft zur Bestätigung der eigenen Weltsicht gepostet werden (wie im Falle von Anas Modamani, der durch ein Selfie mit Angela Merkel berühmt wurde und dann fälschlicherweise mit diversen Terroranschlägen in Verbindung gebracht wurde), oder wenn Präsident Trump sich auf der Grundlage eines Fernsehberichts über den Zusammenhang von Einwanderung und Terrorismus in Schweden ausbreitet. Das ‚Nicht-genau-wissen‘ oder das ‚Nicht-ge-

nau-wissen-müssen‘ wird mitunter zur selbstbewusst gegenüber ‚der Elite‘ vorgetragenen Attitüde (Seeblen 2017, S. 52–56).

Über die Gründe dieser Tendenz zum Bullshit lässt sich trefflich rasonieren. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich zwei Punkte hervorheben: Auf einer *Oberflächenebene* kommt einerseits der Konkurrenz um das knappe Gut der Aufmerksamkeit und andererseits den sozialen Netzwerken, die ohne „Torwächter“ funktionieren und in denen Faktizität nicht das entscheidende Verbreitungskriterium ist, eine erhebliche Bedeutung zu (Hendricks und Vestergaard 2017, 6–8). Bullshit ist aus dieser Perspektive das

Ergebnis einer sich rasant verändernden Medienlandschaft und Mediennutzung. Auch das Phänomen sich gegeneinander abschließender kommunikativer Räume mit eigenem „Wahrheitsmanagement“ („Echokammern“) ist Teil dieser Veränderungen (Marshall 2017, 21). Dies wiederum verweist bereits auf eine weitere, *tieferliegende Ebene*. Mit dem Feuilletonisten Georg Seeblen kann man einen gesellschaftlichen Zerfall in zwei sich ausschließende und gegenseitig abwertende Praktiken (politischer) Urteilsbildung

beobachten: auf der einen Seite sublimierte Emotionalität, distanzierte Reflexion und die Suche nach dem besseren Argument, auf der anderen Seite direkte Emotionalität, unmittelbare Meinung und die Orientierung an sicher geglaubten Gewissheiten über die soziale und politische Welt (Seeblen 2017).

Herausforderung durch ‚normative Fragilität‘

Die Legitimitätskategorie (Werturteil) steht ebenfalls unter Druck. Im Urteilkonzept von Massing ist die Legitimitätskategorie mit werthaltigen Prinzipien und Rechtsgrundsätzen gefüllt (Demokratie, Grund- und Menschenrechte, Gemeinwohl, Verallgemeinerbarkeit etc.). Diese Füllung stellt in normativer und didaktischer Sicht sowohl eine Öffnung

als auch eine Schließung dar. Eine Öffnung entsteht durch den abstrakten Charakter der Prinzipien und Rechtsgrundsätze. Der Rekurs auf die Grund- und Menschenrechte ermöglicht zunächst abweichende Interpretationen sowie Übersetzungen in konkrete Handlungsnormen. Was Freiheit, Gleichheit und Solidarität im Einzelnen bedeuten, ist selbst Teil der politischen Auseinandersetzung. Gleichzeitig entsteht aber durch diese Bezugnahme eine Schließung der politischen Urteilsbildung, da Urteile ausgeschlossen werden, die auf der Basis der Leugnung oder groben Verletzung der Grund- und Menschenrechte beruhen.

Vor allem die Schließung politischer Werturteile im Sinne einer Ausschließung von demokratie- und menschenfeindlichen Positionen lässt Massings Urteilsmodell normativ und faktisch unter Druck geraten. *Normativ*, weil Werturteile inklusive einer Verpflichtung auf Demokratie und Menschenrechte anders als Sachurteile nicht am Kriterium der Wahrheit zu messen sind. Weber verweist Werturteile in den Bereich der Spekulation (Weber 1988, 151). Mit Hannah Arendt kann man Werturteile als Vernunfturteile klassifizieren; sofern diese Bestandteil politischen (nicht philosophischen) Urteilens sind, handele es sich bei diesen aber um bloße Meinungen ohne zwingende Geltung, deren Güte höchstens von der Mittelbarkeit und ‚Interessenlosigkeit‘ abhängen (Arendt 2013, S. 62). Diese normative Fragilität der Wertmaßstäbe in Massings Urteilsmodell wird flankiert von faktischen Abweichungen in der Gesellschaft. Die mitgebrachten Wertmaßstäbe der Individuen können von den Grund- und Menschenrechten abweichen – und tun es oft. Menschenfeindliche Abwertungen sind Bestandteil der Gesellschaft (und gipfeln mitunter in Brandanschlägen auf Asylheime oder terroristische Aggression).

Die didaktische Herausforderung

In der Zusammenschau erweist sich die Anbahnung politischer Urteilskompetenz als eine äußerst komplizierte Aufgabe. Weder kann bei den Lernenden vorausgesetzt werden, dass unter Bedingungen des ‚Postfaktischen‘ die empirische Triftigkeit als Grundlage von Sachurteilen gilt, noch, dass universalistische Werte als Grundlage von Werturteilen geteilt werden. In Anlehnung an ein berühmtes Diktum: Das Modell politischer Urteilskompetenz von Peter Massing lebt von Voraussetzungen,

die es selbst nicht garantieren kann. Die Aufgabe des Politikunterrichts ist es deshalb nicht, die Urteilstkriterien in Massings sechs Feldern lediglich anzuwenden oder sie den Schülern als anzuwendendes *Wissen* an die Hand zu geben – schon gar nicht im Hinblick auf das Werturteil –¹, sondern zuvorderst bei den Lernenden als relevant anerkannte Urteilstkriterien zu etablieren.

Wie kann dies aber gelingen, wenn Faktizität in Konkurrenz zu Bullshit steht und die Solvensgeltung von Menschenrechten nicht auf zwingender Evidenz gründet, sondern sich im Bereich politischer Meinung bewegt? Schwierig ist dies vor allem deshalb, weil mitgebrachte Urteilsmaßstäbe – vor allem bei Werturteilen – eine wichtige Funktion für Individuen erfüllen: Werte sind abstrakte, hierarchisch geordnete, langfristig stabile und mit Emotionen verknüpfte Orientierungen bei der Bewertung sozialer Sachverhalte. Sie sind identitätsprägend und weisen damit einen relativ hohen Änderungswiderstand auf (Standop 2005, S. 15).²

Die Anbahnung von politischer Urteilsbildung kann nur durch die Pädagogisierung des Urteilsprozesses erfolgen. Der Kern dieser Pädagogisierung ist die Reflexion auf die Urteilsmaßstäbe selbst. Was soll uns bei der Urteilsbildung leiten? Welche Rolle sollen Fakten und welche Rolle sollen Wertmaßstäbe spielen? Können wir die Tatsachen ignorieren, welche Werte sind uns am wichtigsten? Wie wollen wir mit ‚beteiligten‘ Emotionen umgehen? Geeignet erscheinen hierfür vor allem solche bewährten Methoden zu sein, die die Lernenden in die Reflexion von Argumenten verwickeln, wie beispielsweise die Dilemma-Methode oder das genetische Prinzip (Reinhardt 2016, S. 154–170). Bei diesen geht es nicht nur darum Argumente zu sammeln, sondern den Wert der Argumente abzuwägen und zu überdenken.

Das Reflektieren von Argumenten auf Prämissen hin, ist freilich kein Garant für eine Ausbildung von Urteilsmaßstäben im Sinne Peter Massings. Es ist aber eine Bedingung, um über den Wert von Tatsachen sowie von menschenrechtsorientierten Wertmaßstäben überhaupt nachdenken zu können und damit Bildungsprozesse zu ermöglichen.

Anmerkungen

- 1 So Sabine Manzel und Georg Weißeno (2017, S. 66): „Insofern hat ein Modell politischer Urteils-

kompetenz für den Unterricht die Wertfrage allein auf einer Fachwissensebene anzusiedeln“.

- 2 Grund- und Menschenrechte ermöglichen legitimen Streit und Konflikt, mithin Politisierung, aber sie lassen auch keinen Relativismus in der Urteilsbildung zu. Es gibt einen Bereich der politischen Urteilsbildung (und gar Handlung), nämlich Demokratie- und Menschenverachtung, in dem eine Politisierung nicht mehr möglich ist, weil es sich hierbei nicht um mögliche Alternativen handelt. Damit entstehen die Schwierigkeiten politischer Urteilsbildung nicht (in erster Linie) durch eine unzulässige Entpolitisierung politischer Bildung, sondern durch die Beharrungskräfte mitgebrachter Wertorientierungen. Diese Schwierigkeiten sind politischer Urteilsbildung der ‚postfaktischen‘ Demokratie immanent.

Literatur

- Arendt, H. (1998): Das Urteilen. Texte zu Kants politischer Philosophie. Durchges. Taschenbuch-Ausg. München.
- Detjen, J. (2013): Politikkompetenz. Urteilsfähigkeit. Schwalbach/Ts.
- Detjen, J./Massing, P./Richter, D./Weißeno, G. (2012): Politikkompetenz - ein Modell. Wiesbaden.
- Frankfurt, H. G. (2014): Bullshit. 1. Aufl. Berlin.
- Hendricks, V. F./Vestergaard, M. (2017): Verlorene Wirklichkeit? An der Schwelle zur postfaktischen Demokratie. In: APuZ 67 (13), S. 4–10.
- Juchler, I. (2005): Demokratie und politische Urteils-kraft. Überlegungen zu einer normativen Grundlegung der Politikdidaktik. 2003. Schwalbach/Ts.
- Manzel, S./Weißeno, G. (2017): Modell der politischen Urteilsfähigkeit – eine Dimension der Politikkompetenz. In: Diess. (Hg.): Politikwissenschaft und Politikdidaktik. Theorie und Empirie. Wiesbaden, S. 59–86.
- Marshall, St. (2017): Lügen und Politik im „postfaktischen Zeitalter“. In: APuZ 67 (13), S. 17–22.
- Massing, P. (1995): Was heißt und wie ermögliche ich politische Urteilsbildung? In: Massing, P./Weißeno, G. (Hg.): Politik als Kern der politischen Bildung. Wege zur Überwindung unpolitischen Politikunterrichts. Wiesbaden, S. 205–224.
- Massing, P. (2003): Kategoriale politische Urteilsbildung. In: Kuhn, H.-P. (Hg.): Urteilsbildung im Politikunterricht. Ein multimediales Projekt. Schwalbach/Ts., S. 91–108.
- Reinhardt, S. (2016): Politik-Didaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II. 6. Auflage. Berlin.
- Seeblen, G. (2017): Trump! Populismus als Politik. Zweite, durchgesehene Auflage. Berlin.
- Standop, J. (2005): Werte-Erziehung. Einführung in die wichtigsten Konzepte der Werteerziehung. Weinheim.
- Weber, M. (1988): Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Winkelmann, J./Weber, M. (Hg.): Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. 7. Aufl., photomechanischer Nachdr. der 6. Aufl. Tübingen, S. 146–214.

Andreas Eis, Frederik Metje, Claire Moulin-Doos:

Populismus: Bedrohung der Demokratie oder Konsequenz von Entpolitisierung?

(Rechts)Populismus zeigt sich nicht nur als Antwort auf die Vielfachkrise der Europäischen Union und des demokratisch eingeehten Kapitalismus, sondern auch als Folge fehlender Alternativen. Ob Emmanuel Macron die Erwartungen als „Heiland“ und „Retter Europas“ (Die Zeit, 11.5.2017, S. 1) gegen eine



Dr. Andreas Eis ist Professor für Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Kassel.



Frederik Metje ist Promotionsstudent an der Universität Kassel und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

Dr. Claire Moulin-Doos ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Habilitandin an der Universität Kassel. Frau Moulin-Doos möchte kein Foto von sich veröffentlicht sehen.

erstarkende Rechte tatsächlich erfüllen wird, bleibt abzuwarten. Wenn 57% der Franzosen die Wahl verweigern, kann sich die Krise der Repräsentation kaum dramatischer darstellen. Die bisherigen politischen Eliten und Volksparteien werden zu Splittergruppen; die angekündigten Arbeitsmarktreformen sollen über präsidiale Dekrete eingeführt werden. Politische Kämpfe werden sich v.a. außerhalb des Parlaments abspielen, nicht nur die Gewerkschaften haben ihre Proteste bereits angemeldet.

Wir möchten zunächst zwei Arbeitsdefinitionen vorschlagen, aus denen sich sehr

unterschiedliche Konsequenzen für die politische Bildung ergeben: a) In einer dominanten Deutung wird *Populismus als Bedrohung* gesehen, als „Polarisierung von Volk und Elite“ (Priester 2007, 8), als Antipluralismus und Alleinvertretungsanspruch (Müller 2016). b) In der Tradition *radikaler Demokratietheorie* hingegen wird Populismus analytisch als *Strukturprinzip des Politischen* verstanden: nicht nur im Sinne eines demokratischen Korrektivs, sondern als Moment des Politischen überhaupt: als Stimme der Überflüssigen, der politischen Laien gegen die technische Verwaltung von Expertinnen und Experten (Laclau 2014; Mouffe 2014). Welche Strategien eröffnen sich daraus für die europapolitische Bildung? Nach dem ersten Verständnis richten sich derzeit alle „demokratischen“ Kräfte gegen Rechtspopulismus und gegen den drohenden Zerfall der EU. Nach dem zweiten Verständnis handelt es sich hier um eine falsche Polarisierung zwischen (vermeintlichen) EU-Gegnern und -befürwortern.

Wir folgen hier der Konzeption von Ernesto Laclau, nach der Populismus eine anti-elitäre Rhetorik ist, die „the people“ aufwertet. Sie ist mit allen Arten von sozialen Basen und ökonomischen Interessen sowie mit unterschiedlichen Ideologien kompatibel. Rechte wie linke Populismen in Europa sind nicht per se anti-demokratisch, sondern anti-liberal. Sie beanspruchen vielmehr die Demokratie, als Volkssouveränität bzw. Gesetzgebung durch das Volk, für sich. Im politisch-demokratischen Kampf bieten linke und rechte Populismen gegenhegemoniale Diskurse. Aus liberal-hegemonialer Perspektive werden sie als illegitime angesehen und als anti-demokratisch diskreditiert.

Mit Chantal Mouffe lässt sich argumentieren, dass Populismus in Europa genau der Ort des Politischen ist, an dem sich die Kritik an und gegen das Nicht-Politische des liberalen „Mitte-Links“ und „Mitte-rechts“ oder gegen den „Extremismus der Mitte“ äußert. Folgt man diesem Verständnis, dann sind Populisten an der Repolitisierung der Gesellschaft interessiert; sie versuchen, bestimmte Themen

auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen, die von den Eliten nicht betrachtet werden. Mouffe konstatiert, dass die wachsende Attraktivität dieser Bewegungen das Ergebnis eines Strebens nach Konsensdemokratie ist, die keine politische Alternative mehr anbietet und Gegner von vornherein als illegitime disqualifiziert. Sie zeigt zudem auf, wie zentral die Frage der Identität für das Politische ist. Dabei kritisiert sie alles theoretische Denken, das die leidenschaftliche Seite des Politischen als archaisches Phänomen darstellt, das zum Verschwinden verdammt sei. Emotionen und Identitätsfragen blieben trotz des Versuchs, sie zu diskreditieren oder zu unterdrücken, zentral für das Politische. Sie konstatiert ein Bedürfnis nach (differenzierten) politischen kollektiven Identitäten, das häufig ignoriert wird (u.a. durch die europäische Konstitutionalisierung von liberalen Werten). Es lasse sich nicht verdrängen und scheine im Gegenteil durch Diskreditierungsversuche gestärkt zu werden. Verwies Mouffe in einer älteren Publikation (2005) noch darauf, dass rechte populistische Parteien in Europa oft die einzigen waren, die versuchten, diese Leidenschaft zu mobilisieren und neue kollektive Formen der Identifikation zu entwickeln, sind es inzwischen linke Populismen wie *Podemos* oder *les Insoumis* mit Jean-Luc Mélenchon in Frankreich, die Mouffe aktiv unterstützt, auch in Fragen der kollektiv-politisch partikularistischen bzw. nationalen Identifikation.

Populisten benutzen den Begriff des Volkes. Es ist nicht die Referenz an das Volk, die problematisch ist, sie ist laut Mouffe sogar aus demokratischer Perspektive notwendig. Das Problem ist, wie dieses Volk konstruiert wird. Die linken Populisten bieten eine emanzipatorische, inklusive Idee des Volkes, während die rechten Populisten eine ausschließende Idee eines (kulturell) homogenen Volkes anbieten. Wir werden uns hier besonders auf dieses nicht emanzipatorische Konstrukt des Volkes von rechten Populisten konzentrieren.

Die Philosophin Chantal Delsol (2015) argumentiert, dass der rechte Populist als „Idiot“ betrachtet wird. In einem modernen Verständnis ist der Idiot ein dummer Mensch. Im antiken Verständnis dagegen, ist er von seiner Besonderheit, von seinem Gruppenpartikularismus erfüllt. Es sind genau diese zwei Beleidigungen, die rechten Populisten heute in Europa entgegengebracht werden.



Quelle: wikimedia.commons/CC BY-SA 3.0

Demonstration der spanischen Partei Podemos („Wir schaffen das“) in Madrid am 31. 01.2015. Linker Populismus?

Sie sind nicht vernünftig und sie sind Egoisten, die für ihre Grenzen eintreten und ihre Solidarität nicht allen Menschen auf der Welt zukommen lassen, sondern in erster Linie nur ihrer eigenen Gruppe.

Der Populist wäre demzufolge ein dummer Idiot, der nicht weiß, was politisch richtig ist. Aber was ist mit der Idee von Politik, die schon seit Aristoteles als Ort verstanden wird, an dem nicht die Wahrheit, sondern Meinungen und Wille herrschen? In der Kernidee der Demokratie gibt es keine prinzipiell dummen Menschen, sondern nur Menschen mit verschiedenen Meinungen über das gemeinsame Zusammenleben. Demokratie ist jenes Regime, das das Politische von der Religion und jeder dogmatischen Wahrheit löst. Ebenso ist der allgemeine Wille Rousseaus nicht universell, a priori und absolut, sondern prekär, temporär und fällt damit in den Bereich des Politischen. Dagegen herrscht in der liberalen Theorie die Idee einer universellen Wahrheit, die für alle Menschen gelte. Die legitimen Debatten sollen nur zwischen den verschiedenen Vertretern liberaler Positionen stattfinden. Jedes nicht-liberale Denken wird, aufgrund des Amalgams von Liberalismus und Demokratie, nicht nur als anti-liberal, sondern auch als anti-demokratisch verurteilt.

Eine politische Positionierung ist keine Wahrheitsfrage, wenn aber Menschenrechte als objektiver Korpus verstanden werden, kehrt die Idee der Wahrheit in die Politik zurück. Das Universale der Aufklärung war ein Ideal zu denken, es hat sich inzwischen zu einem genauen Inhalt gewendet. Die Konsequenz ist die Moralisierung der Politik. Mouffe kritisiert diese Moralisierung, bei der es nicht mehr um politischen Willen geht, sondern

um den Konflikt zwischen „absolut Guten“ und „absolut Bösen“. Der Gegner ist moralisch zu verurteilen. Weit davon entfernt, überwunden zu sein, werden die Grenzen zwischen „Sie“ und „Wir“ wiedererrichtet, sie sind aber jetzt aus moralischen Kategorien erbaut, changierend zwischen

„guten Demokraten“, die die universellen Werte der liberalen Demokratie verteidigen, und den „bösen extremen Rechten“, die „rassistisch“ und „xenophob“ sind, die *moralisch* verurteilt und nicht *politisch* bekämpft werden. Jede Art von tatsächlicher Opposition wird nicht als legitimer politischer Gegner wahrgenommen, sondern als Feind, der keinen Platz auf der politischen Bühne haben soll. Nach Mouffe sollten in einer Demokratie Populisten als *Gegner* betrachtet werden, die man in Kämpfen über ökonomische oder Werte-Präferenzen politisch zu besiegen versucht, und nicht als moralische Feinde, die man juristisch loszuwerden versucht oder durch Erziehung zur Wahrheit bringen will.

Was das zweite bzw. antike Verständnis des *Idioten* betrifft: Eine Präferenz für seine eigene Gesellschaft zu zeigen, ist ein verwerflicher Partikularismus. Liberale Theorie verurteilt solche Formen des politischen kollektiven Partikularismus, die sehr schnell mit Egoismus oder sogar Rassismus in Verbindung gebracht werden. Rechte Populismen nähren sich hauptsächlich aus Identitätsfragen und aus Werten für die eigene Gemeinschaft. Aber auch im linken Spektrum, z.B. in einer ökologischen und lokal-ökonomischen Konzeption von Post-Wachstum und *Buen-Vivir* können kollektive Partikularismen entspringen. Die Suche nach einer eigenen politischen Identität mündet in dem Wunsch, in einer sich homogenisierenden globalisierten Welt kollektiv anders zu sein.

Politische Bildung als Stabilisierung des liberalen hegemonialen Diskurses

Herrschaft kann durch Zwang erreicht werden aber auch durch Konsens. Im Fall von Konsens

konstituiert sich die Macht durch die Herstellung von Zustimmung und Definitionsmacht. Schule und Bildung spielen eine große Rolle für die Deutungshoheit und Konsensproduktion. Sie werden zum Instrument der Hegemoniesicherung und wirken dadurch vielfach an der oben beschriebenen Entpolitisierung mit, statt Dissens und Kontroversität tatsächlich zu ermöglichen. In der französischen politischen Kultur wird der *Front National* nicht als anti-demokratisch dargestellt, sondern als „anti-républicain“. Die Werte der Republik verkörpern die Ideologie oder den hegemonialen Diskurs, der die *französische* Demokratie definiert. Die „Schule der Republik“ soll zu diesen Werten erziehen. In ähnlicher Weise „überwältigt“ die schulische politische Bildung in Deutschland durch die Herstellung eines (liberalen) Konsenses, es ist ihre vom Staat vorgegebene Aufgabe (vgl. Re-education; Demokratieerziehung). Sie begrenzt die Kontroversität in dem Sinne, als sie zu liberaler Urteilsbildung erzieht und nicht-liberale Urteile nicht erwünscht werden.

In bunten Prospekten und Bildungsmaterialien werden z.B. die sozialen Kämpfe um die Ausgestaltung Europas weder verstehbar, noch politisch gestaltbar, wenn die zentrale Frage: „Wofür steht Europa?“ seit 60 Jahren mit den gleichen Versprechen beantwortet wird: „Frieden und Freiheit“, „Gut für Verbraucher und Unternehmen“, „Grenzenlose Bildung“, „Europa schafft Arbeitsplätze“ und „verbessert den Schutz seiner Außengrenzen“ (Bundesregierung 2017). Derartige Erbauungsliteratur hat wenig mit einer demokratischen Öffnung und einem „offenen Dialog mit [...] der Zivilgesellschaft“ zu tun (EU-Vertrag, Art. 11). Weit entfernt von einer Analyse der sozialen Verwerfungen und demokratischen Defizite, besteht vielmehr die Gefahr, dass diese Art der Hegemonieproduktion nationalistische Bewegungen weiter stärken wird. EU-euphorische Überwältigungen führen zu neuer Verdrossenheit, wenn sie sich in Themen erschöpfen wie: Investitionen im Bereich „Digitales“, „fortschrittliche Handelsabkommen“, „Grenzmanagement“, „Terrorismusbekämpfung“ und „Verteidigungszusammenarbeit“: das sind die zentralen Themen in allen *fünf Szenarien*, mit denen die EU-Kommission in ihrem aktuellen „Weißbuch zur Zukunft Europas“ (2017) auf Brexit, Wirtschaftskrisen und Rechtspopulismus reagiert.

Ziel Politischer Bildung sollte es vielmehr sein, die sozialen Kämpfe um *unterschiedliche* Europaprojekte sichtbar zu machen und ihre ökonomische Basis, Akteure, Bündnisse und kulturelle Verankerung im Alltagsverstand zu verstehen. Eine *hegemoniekritische Politikanalyse* versucht, auch die ökonomischen und kulturellen Herrschaftsdimensionen empirisch zugänglich zu machen (FG „Staatsprojekt Europa“ (2014). Zugrunde liegt hier ein erweiterter Staatsbegriff. Die Zivilgesellschaft ist kein neutrales Feld gesellschaftlicher Selbstorganisation und „partnerschaftlicher“ Problemlösungen durch Expertenwissen, sondern Teil des integralen Staates. Hier wird Hegemonie durch Konsens, Zustimmung und Einbindung subaltern sozialer Gruppen organisiert (Gramsci). Nicht nur in Medien und Verbänden, auch in Schulen, Universitäten wird mit Curricula und Lehrbüchern um kulturelle Deutungsmacht gerungen.

Die Bedeutung dieses Ansatzes zeigt sich in der Frage, wie sich gesellschaftlich dominante Deutungen im Alltagsverstand einschreiben. Die fachdidaktische Kernidee ist zudem, dass konkrete politische Konflikte immer eingebettet sind in latente soziale Kämpfe. Politik wird nicht als „allgemeinverbindliche Problemlösung“ im Sinne des (wie auch immer bestimmten) Gemeinwohls analysiert, sondern als Kämpfe zur Durchsetzung *unterschiedlicher Konzeptionen und Strategien* zur Gestaltung des Gemeinwesens.

Mit Repolitisierung gegen die blinden Flecken Politischer Bildung

Welche Konsequenzen lassen sich aus diesen hegemonietheoretischen Perspektiven für die Fachdidaktik insgesamt ziehen? Mit der (Re)produktion eines Projektes liberal-demokratischer Hegemonie hat sich in der Politischen Bildung eine spezifische Interpretation des „mündigen Subjektes“ universalisiert: ein aufklärerisch-rationales Weltverständnis sowie das Leitbild eines konsensdemokratischen „mündigen Bürgersubjekts“, welches Demokratie universelle Menschenrechte zugrunde legt. Es sind diese Aspekte, die in der deutschsprachigen Disziplin derzeit als unhinterfragbar gelten und als Konsens die Politische Bildung als solche definieren.

Die Fachdidaktik übersieht ihre eigene hegemoniale Verfasstheit und mit ihr u.a. Emotionen, Affekte und Gefühle (Mouffe

2014). Sie sind einer der erkenntnistheoretischen blinden Flecken der Politischen Bildung, denn sie erschweren Datenerfassungen, sind als anthropologische Irrationalitäten eine Gefährdung für das demokratische Zusammenleben und die Funktionsfähigkeit des „vernünftigen“ Verfassungsstaats.

Emotionen, Affekte und Gefühle sind ausgeschlossene Elemente des hegemonialen Diskurses, was jedoch nicht bedeutet, dass sie nicht existieren. So veranschaulichen Sauer und Bargetz (2010) die moderne Verdrängung von Emotionen in die Privatheit in Abgrenzung zu einer Sphäre rationaler Öffentlichkeit. Die öffentliche Äußerung von Angst und Wut wird damit durch *political correctness* ebenso reglementiert wie Liebe oder Euphorie durch „Anstand“. Und mit Bezug auf die politische Bildung fasst Anja Besand zusammen: „Während im Rahmen der realpolitischen Diskussion Emotionen auch empirisch durchaus sichtbar werden, soll es im Rahmen politischer Bildung um die kategoriegeleitete Analyse politischer Fragen gehen, beispielsweise nach dem Muster: Wer hat hier welche Interessen, wie sind die Machtverhältnisse? Wer nutzt welche Strategien? Wer hat welche Ressourcen etc.“ (2014, 375).

Das mündige Subjekt ist zunächst ein interessenabwägender Akteur im öffentlichen Zusammenleben. Emotionen, Affekte und Gefühle scheinen keine zu fördernden Eigenschaften, der Umgang mit diesen keine relevanten Fähigkeiten zu sein. Vielmehr gilt es seit dem Sieg des liberalen Denkens gegenüber dem Republikanismus, Politik von Emotionen zu befreien und diese in spezifische Räume zu verbannen. Entsprechend prägt die politische Bildungspraxis derzeit die Regulation von Emotionen, Gefühlen und Affekten.

Das wird auch am Beispiel der Empathie ersichtlich: Während Empathie die konsensuelle Entscheidungsfindung und damit die Aufgabe konfligierender Positionen begünstigt, verstärken Gefühle wie Frust die Negativverfälschung keine kommunikative Lösung gefunden zu haben. Damit stützen spezifische Emotionen die hegemoniale Position solcher Diskurse, die sich z. B. gegen Dissens – und mit ihm Pluralismus – richten.

Indem Autoren wie Jan-Werner Müller dem Phänomen des Populismus jedwede Relevanz von Emotionen abspricht, verbleibt er in einer reduktionistischen Perspektive (2016, 42).

Auch die Politische Bildung muss sich angesichts von *fakenews* und *alternative facts*, Patrioten und Wutbürgern, sozialdemokratischer Enttäuschung und Gesellschaft der Angst fragen, ob sie hierauf angemessen reagieren, ob sie es überhaupt erfassen kann. Denn nicht nur Erdogan, Petry und Trump scheinen sich jener Logik zu entziehen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelte. Auch Macrons jüngster Wahlerfolg, unser tägliches Konsumverhalten oder die Aufstände auf dem Tahrir-Platz 2011 sind Beispiele für politische Phänomene, die offenkundig an Emotionen, Affekte und Gefühle gekoppelt sind.

Um Politische Bildung mit ihrer liberalen Erblindung zu konfrontieren, sind ihre Grundannahmen erneut auf den Prüfstand zu stellen. Mündigkeit und Demokratie, Europäische Union, Menschenrechte und Konsens – die Annahmen und Ausgangspunkte von Bildungsaktivitäten sind auf ihre Rolle in der Produktion von Hegemonie hin zu befragen und zum Gegenstand politischen Streits zu machen. Diese Repolitisierung, zusammen mit den Verfahren der Hegemonieanalytik, sind in Zeiten des Populismus bedeutender denn je.

Literatur

- Bargetz, B./Sauer, B. (2010): Politik, Emotionen und die Transformation des Politischen. Eine feministisch-machtkritische Perspektive. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 39 (2), S. 141-155.
- Besand, A. (2014): Gefühle über Gefühle. Zum Verhältnis von Emotionalität und Rationalität in der politischen Bildung. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 24 (3), S. 373-383.
- Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.) (2014): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europafor-schung. Bielefeld.
- Bundesregierung. Presse und Informationsamt (2017): Chance. Frieden. Kraft. Wofür steht das vereinte Europa? Berlin.
- Delsol, C. (2015). Populisme. Les demeures de l'histoire. Paris.
- Laclau, E. (2014): Warum Populismus? In: Luxemburg 1/2014, 6-13.
- Mouffe, C. (2005): On the Political. London/New York.
- Mouffe, C. (2014): Agnostik: Die Welt politisch denken. Frankfurt/Main.
- Müller, J.-W. (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin.
- Priester, K. (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt/Main.



Didaktische Werkstatt

Carl Deichmann

Populismus und Extremismus: didaktische und methodische Herausforderungen für die Politische Bildung

Ausgehend von der Analyse der Strukturelemente des Populismus, Extremismus und Terrorismus als Orientierung für die Politikdidaktik geht es im Folgenden darum, rationale und emotional – handlungsorientierte politikdidaktische Strategien aufzuzeigen, mit deren Hilfe politisch Lernende Erscheinungsformen und Elemente des Populismus und Extremismus in der Praxis der politischen Bildung analysieren und beurteilen können.

Dabei stehen Überlegungen im Mittelpunkt, wie Schülerinnen und Schüler mit handlungsorientierten Methoden die Gestaltung einer demokratischen politischen Ordnung erleben, ihr eigenes Handeln reflektieren und dabei die Bedeutung von Wertbezügen für ihre Alltagswelt erkennen können.

Strukturelemente des Populismus, Extremismus und Terrorismus: Kategorien zur Analyse und Beurteilung

Eine Voraussetzung für die Entwicklung politikdidaktischer Strategien als Antwort auf den Populismus und Extremismus, welche auch methodische Überlegungen umschließt, besteht in der Differenzierung zwischen Populismus, Extremismus und Terrorismus. *Populistische Deutungsmuster* zeichnen sich durch Vorurteile, Schuldzuweisungen und un-

begründete pauschale Verdächtigungen gegenüber anderen Menschen und Menschengruppen, aber auch gegenüber politischen Eliten und „dem System“ (Parteiensystem, „kapitalistischem System“) oder „dem Islam“-oder umgekehrt gegenüber den „westlichen Werten“ aus. Populisten legitimieren ihre Argumente mit „dem wahren Volkswillen“ oder dem Willen Allahs, den sie vorgeben, erkannt zu haben. Damit erheben sie einen moralischen Alleinvertretungsanspruch, stellen den Pluralismus und repräsentative demokratische Strukturen in Frage und polarisieren die Gesellschaft (Müller 2016). Verschwörungstheorien werden zur Erklärung der Welt verwendet und ersetzen eine differenzierte Betrachtung komplexer politischer Prozesse. *Extremistisch* sind diese Deutungsmuster, wenn das in ihnen enthaltene Menschen- und Gesellschaftsbild, beruhend auf einem „Feindbild“ und „Freund-Feind-Stereotypen“, (Jesse 2015) rassistische Elemente enthält. Das heißt, wenn die Diskriminierung bestimmter Personen- und Menschengruppen aufgrund ihrer Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Ethnie, regionaler oder sozialer Herkunft, Sprache etc. propagiert wird.

In der inhaltlichen Festlegung des Menschenbildes, der Gesellschafts-, Staats- und Geschichtsauffassung, welche jeweils einen

Ausschließlichkeitsanspruch erheben, wird der *ideologische Charakter* als Gemeinsamkeit deutlich. Die Grenzen extremistischer Deutungen zu extremistisch motivierten Gewaltanwendungen und zum Terrorismus (Pfahl-Traughber 2016) sind dann fließend,

Dr. Carl Deichmann war bis zu seiner Emeritierung Professor für Didaktik der Politik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.



wenn in der *ideologischen Orientierung* oder in den Handlungen den diskriminierten Personen und Personengruppen keine Daseinsberechtigung zugestanden und ihnen Gewalt angedroht und angewendet wird oder wenn die vermeintlich guten Ziele durch Gewaltanwendung durchgesetzt werden. Auch Personen, welche in der Unterstützerszene Bedingungen für einzelne Gewaltaktionen und strategische Vorbereitung von terroristischen Anschlägen schaffen, gehören zu der terroristischen Struktur, wie z. B. die Geschichte des NSU und der RAF, aber auch die Aktivitäten des „Schwarzen Blocks“ zeigen.

Die Schwierigkeit der Behandlung von Populismus und Extremismus in der politischen Bildung besteht in der Abgrenzung zwischen der sachbezogenen Kritik an kulturellen und gesellschaftlichen Wandlungsprozessen im Sinne der freien Meinungsäußerung zu kontrovers diskutierten politischen Problemen und der Verwendung populistischer Argumente. Dies gilt für die öffentliche Diskussion in den Medien, den sozialen Netzwerken, aber auch für die Diskussion im Politikunterricht.

Diese kommunikative Schwierigkeit, ebenso wie die obige Vergegenwärtigung der Strukturelemente der populistischen und extremistischen Deutungsmuster, mit denen die jungen Bürgerinnen und Bürger in der Alltagswelt, konfrontiert sind, zeigt die Notwendigkeit einer kategorialen Orientierung der politischen Bildung. Junge Bürgerinnen und Bürger müssen in die Lage versetzt werden, mit Hilfe der analytischen Kategorien „Bedürfnis, Interesse, Ideologie“ u.a. die populistischen Argumentationsstrukturen zu analysieren und mit Hilfe der normativen Kategorie der Gerechtigkeit zu beurteilen, um ihre eigenen demokratischen politischen Deutungsmuster entwickeln und festigen zu können (Deichmann 2015).

Sie erkennen den ideologischen Kern populistischer und extremistischer Deutungen, wenn die im Grundgesetz festgeschriebene Werteordnung, welche die Alltagswelt der jungen Menschen konstituiert, den Bezugsrahmen der Beurteilung bildet.

Die Grundrechte sind die Beurteilungskriterien dafür, ob Handlungen moralisch und mit der Idee der Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit übereinstimmen (Deichmann 2015). In diesem Ideen- und Wertehorizont besteht die Möglichkeit, den ideologischen Charakter populistischer Argumentation sowie die Ideologie des Rechts- und Linksextremismus sowie diejenige des Islamismus zu analysieren.

Die *Kategorie der Ideologie* grenzt sich von überprüfbaren politischen Theorien und religiösen Überzeugungen dadurch ab, dass sie für sich nicht nur einen Wahrheitsanspruch erheben – dies tun religiöse Überzeugungen auch – sondern einen Ausschließlichkeitsanspruch besitzen.

Dabei gilt es auch schon bei populistischen Argumenten zu berücksichtigen, dass Ideologien von ihrer inneren Begründungsstruktur her die Gewaltanwendung nicht grundsätz-

lich ausschließen, um die für richtig und gerecht empfundene Weltsicht und politische Ordnung durchzusetzen. Dieser Wahrheitsanspruch geht beim Extremismus so weit, dass andere Interpretationen der politischen Realität nach der Auffassung ihrer Anhänger bekämpft werden müssen. Politisch Lernende können an konkreten Beispielen einsehen: Die Überzeugung, dass andere Meinungen und Handlungen mit Gewalt bekämpft werden dürfen, bildet die *Scheidelinie zwischen populistischen und extremistischen Deutungen und extremistisch motivierter Gewalt sowie zum Terrorismus*, der darüber hinaus bei der Gewaltanwendung langfristig strategisch vorgeht (Pfahl-Traugher 2016). Die Beschäftigung mit den Varianten des Populismus und Extremismus führt die Schülerinnen und Schüler zu der Erkenntnis, dass mit der Propagierung der Gewalt das Fundament des Zusammenlebens in der demokratischen politischen Ordnung zerstört wird. In ihr besitzt der demokratisch legitimierte, an den Wert der Würde des Menschen (Art. 1 GG) gebundene Staat das Gewaltmonopol.

Rationale Strategien zur Behandlung von Populismus und Extremismus

Angeichts der Moralisierung, Emotionalisierung und der zunehmenden Geringschätzung von Grundwerten in der politischen Kommunikation ist es notwendig, rationale und emotionale politikdidaktische Strategien in der politischen Bildung zu benutzen und geschickt miteinander zu verknüpfen.

Auf der rationalen Ebene geht es darum, mit traditionellen Methoden der Inhaltsanalyse von Texten, Nachrichtensendungen, Talkshows, Statistiken etc. (Deichmann 2017 mit entsprechenden Unterrichtsmaterialien) Elemente rechts- und linkspopulistischer und extremer Deutungsmuster herauszustellen.

Erste didaktische Ebene

Die politisch Lernenden können auf einer *ersten didaktischen Ebene* die ideologischen Aspekte analysieren, indem sie die zunehmend ungestraften Pöbeleien sowohl im Echoraum des sozialen Netzes als auch in der Öffentlichkeit gegenüber Politikern oder von Politikern in der demokratischen Auseinandersetzung, wie zum Beispiel im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf von 2016 und im Verlauf der Amtsführung des US-Präsidenten,

aber auch die verbalen Attacks im Zusammenhang mit politischen Veranstaltungen zur türkischen Verfassungsreform (Erdogans Nazivergleiche) oder andere aktuelle Beispiele zum Gegenstand der Untersuchung machen. Sie erkennen, dass der sich verbreitende Populismus mit der Missachtung von Fakten verbunden ist, welche jedoch bei einer Realanalyse zu belegen sind. Die politischen Lernprozesse führen zu drei fundamentalen Einsichten.

Erstens handelt es sich um vielfältige politische Erscheinungsformen, welche einer die demokratische politische Ordnung konstituierenden toleranten Einstellung entgegensteht.

Die *zweite Einsicht* besteht darin, dass die pauschale Polemik populistischer Gruppen gegen „das politische Establishment“, nicht zu verwechseln ist mit einer kritischen Beobachtung der Amtsführung von Politikern oder der Kritik an der Vorteilsnahme kurz nach Ausscheiden aus dem Amt. Sie ist vielmehr gegen die Strukturprinzipien der demokratischen politischen Ordnung gerichtet. Erhalten nämlich populistische Parteien die Mehrheit, dann verändern sie die rechtsstaatlichen Grundlagen für die politischen Entscheidungen, um ihre populistischen Ziele „endlich im Sinne des wahren Volkswillens“ durchzusetzen: Veränderungen der Gewaltenteilung, Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit und der Freiheit der Wissenschaften u.a. Dies ist bei der Politik der ungarischen Partei „Fidesz“ unter der Führung von Viktor Orban ebenso zu beobachten wie bei der Regierungspartei PIS (Recht und Gerechtigkeit) mit ihrer Ministerpräsidentin Beata Szydło in Polen unter dem besonderen Einfluss von Parteichef Jarosław Kaczyński. Nicht zuletzt die Politik von US-Präsident Trump zeigt die Bedeutung rechtsstaatlicher Strukturen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Ablehnung der europäischen Integration und der europäischen Institutionen, welche der populistischen nationalistischen Orientierung entspricht, zu sehen. Sie geht nicht aus einer sachbezogenen Kritik an möglichen Funktionsdefiziten hervor. An konkreten Beispielen wie der Entscheidung zum Brexit in Großbritannien oder den z.T. vehementen Forderungen der AfD zum Austritt aus der EU können populistische Deutungsmuster analysiert werden. Politische Bildung wird hier die Bedeutung der politischen Institutionen, die überhaupt erst

die Voraussetzung für eine mögliche friedliche Konfliktlösung bilden, auch im historischen Entstehungskontext behandeln müssen.

Die *dritte Einsicht* bezieht sich auf die Struktur der Kommunikation in der pluralen Gesellschaft.

Angeichts populistischer Agitation gegen die Medien in der pauschalen Verurteilung als „Lügenpresse“ durch Pegida und die AfD müssen politisch Lernende die politische Kommunikation allgemein, besonders Nachrichtensendungen, unter der Perspektive der vermittelten Fakten, aber auch hinsichtlich des entsprechenden Deutungsrahmens untersuchen können, damit sie die Fähigkeit erlangen, moralisches Framing, d.h. die einen moralischen Deutungs- und Handlungsrahmen vorgebende Sprache (Wehling 2016) zu identifizieren.

Zweite didaktische Ebene

Die kritische Untersuchung populistischer Argumentationsstrukturen mit Hilfe des Ideologiebegriffs ermöglicht sodann auf einer *zweiten didaktischen Ebene* die Differenzierung zwischen der populistischen Argumentationsstruktur und den extremistischen Ideologien.

Rechtsextreme Gruppen und Einzeltäter, dies gilt es an konkreten Beispielen zu verdeutlichen, gehen von einem völkischen und rassistischen Menschenbild aus (Verfassungsschutzbericht 2016, auch für das Folgende). Von diesem Ansatz her legitimieren Einzeltäter und Gruppen Gewaltanwendung u.a. gegen Asylheime, einzelne Asylbewerber, planen und führen systematische Terroraktionen gegen Personen mit Migrationshintergrund durch (Deichmann 2017 mit ausführlichem Unterrichtsmaterial).

In der Verherrlichung des NS-Regimes und anderer autoritärer/totalitärer Systeme, dem Antisemitismus, der Leugnung des Holocaust sowie dem Schüren von Angst gegen „Überfremdung“/„Islamisierung“, aber auch in Reden, in denen demokratische Institutionen und Politiker lächerlich gemacht werden, bestehen die Übergänge zwischen populistischer Rhetorik – etwa der AfD und von

Pegida – und dem rechtsextremen Milieu. Einzeltäter konstruieren aus diesen Ansätzen ein Weltbild, das sie zu Anschlägen gegen Politiker und demokratische politische Gruppen motiviert, weil sie vermeintliche nationale Interessen verteidigen müssen.

Die mehr oder weniger ausdifferenzierten rechtsextremen Vorstellungen von einem politischen System orientieren sich an einem Führerstaat, in dem die „wahren Interessen“ des Volkes zum Tragen kommen und in dem die „völkische Reinheit“ ohne Migration von „Fremden“ anderer Kulturen wiederhergestellt werden kann. Die Geschichte wird ebenfalls in Orientierung an der nationalsozialisti-



sehen Ideologie als Kampf der Rassen um die Vorherrschaft in der Welt interpretiert, in der letztlich die Besten, die sich mit Gewalt durchgesetzt haben, die Vorherrschaft besitzen.

Linkspopulistische, linksextremistische und linksterroristische Deutungsmuster sind zwar eher „gesellschaftlich etabliert und akzeptiert“, weil sie sich wissenschaftlich im Marxismus/Leninismus begründet wähnen. Sie widersprechen dessen unbeschadet in ihrem Kern fundamentalen Prinzipien der demokratischen politischen Ordnung. Linksextreme Gruppen wenden Gewalt an, um demokratische Prozesse zu behindern.

Islamistische Deutungsmuster, von Teilen des politischen und dschihadistischen Salafismus in Deutschland übernommen (Farschid 2014), orientieren sich an einer Weltsicht, nach welcher der Kampf gegen die „Ungläubigen“ mit allen Mitteln durchgeführte wer-

den muss, um einen totalitären „Gottesstaat“ zu errichten und damit dem vermeintlichen Willen Allahs Rechnung zu tragen. Der Kampf des sogenannten „Islamischen Staates“, dessen totalitäre Innenstruktur und Terroraktionen gegen schiitische Glaubensbrüder, Christen und Juden und die Verbrechen in Syrien, Irak, in Europa, Afrika, den USA und anderen Ländern der westlichen und asiatischen Welt, aber auch in Russland eine neue Dimension der Gewalt darstellt, wird von den Anhängern keiner rationalen Analyse unterzogen. Ihr bedingungsloser Kampf, den eigenen Tod einschließend, wird mit der Utopie der Errichtung des Reiches Allahs auf Erden und der eigenen Belohnung im Paradies legitimiert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Einsichten, welche die Schülerinnen und Schüler auf den beiden didaktischen Ebenen gewonnen haben, die Notwendigkeit verdeutlichen, die Strukturprinzipien der demokratischen politischen Ordnung unter kognitiven und emotionalen Gesichtspunkten (Weber 2015) in den Mittelpunkt des weiteren Lernprozesses zu stellen, damit sie populistischen und extremistischen Deu-

tungen mit den alltagsweltlich erlebbaren demokratischen Prinzipien und Institutionen vergleichen können.

Handlungsorientierte Strategie: Schaffung einer demokratischen politischen Ordnung erleben und Reflektion von Wertbezügen für die Alltagswelt

Die Generierung der demokratischen politischen Ordnung geschieht in einer realitätsnahen Simulationen im Sinne des handlungsorientierten Ansatzes (Tischner 2013). Die Schülerinnen sollen nicht nur über das mögliche und wahrscheinliche Handeln von Menschen in einer konkreten, existentiellen Lebenssituation reflektieren, sondern auch konkrete Handlungen in der Gruppe vollziehen, also politische Prozesse und die Institutionalisierung zum Beispiel im „Inselspiel“ simulieren.

Literatur

- Deichmann, C. (2015a): Der neue Bürger. Politische Ethik, politische Bildung und politische Kultur, Wiesbaden.
- Deichmann, C. (2015b): In was für einer politischen Ordnung wollen wir leben? In: Unterrichtskonzepte Politik. Hallbergmoos.
- Deichmann, C. (2017): Extremismusprävention in der politischen Bildung, in: Altenhof, R./Bunk, S./Piepenschneider, M. (Hg.): Politischer Extremismus im Vergleich. Beiträge zur politischen Bildung, Berlin, S. 137–170.
- Farschid, O. (2014): Salafismus als politische Ideologie, in: Behnam T. S./Fouad, H. (Hg.): Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam. Bonn, S. 160–192.
- Müller, J. W. (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.
- Jesse, E. (2015): Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge. Köln.
- Pfahl-Traughber, A. (2016): Terrorismus – Merkmale, Formen und Abgrenzungsprobleme, in: ApuZ, 24–25 (2016), Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) S.10–19.
- Verfassungsschutzbericht 2016, hrsg. vom Bundesministerium des Innern. Berlin.
- Weber, F. (2015): Emotion und Kognition in der Politischen Bildung – Überlegungen aus emotionstheoretischer Sicht. In: Deichmann, C./May, M. (Hg.): Politikunterricht verstehen und gestalten. Forum hermeneutische Politikdidaktik, Wiesbaden, S. 154–183.
- Wehling, E. (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln.

Das Inselfspiel „In was für einer politischen Ordnung wollen wir leben?“

Das Inselfspiel gliedert sich in drei Phasen (ausführlich in Deichmann 2015b):

In der *handlungsorientierten Phase* versetzen sich die Schülerinnen in die Situation von Schiffbrüchigen, die sich auf eine einsame Insel retten konnten und keine Möglichkeit haben, Kontakte zur Zivilisation herzustellen. Sie bilden drei Gruppen und erhalten den Arbeitsauftrag, Regeln für das künftige Zusammenleben auf der Insel zu entwickeln. Sie sollen damit Erfahrungen bei der Bewältigung einer existentiellen Situation machen. Diese Regeln setzen sie in konkrete Handlungen in der jeweiligen Gruppe um. Die Ergebnisse ihres Handelns und die damit gesammelten Erfahrungen bei der Schaffung einer politischen Ordnung halten sie sodann als Voraussetzung für die Reflexionsphase schriftlich fest.

Die Regeln für das Zusammenleben in der Gruppe stellen die Grundlage für Entscheidungen dar, die bezüglich der Nahrungsversorgung, der Sicherung der Gruppe vor möglichen Feinden, der Organisation der Freizeit, der Unterstützung schwächerer oder kranker Gruppenmitglieder getroffen werden müssen. Neben dieser Bedingung für die Existenzsicherung besteht die einzige Vorgabe für die Simulation der Ordnung des Zusammenlebens in dem Menschenbild: Die Menschen sind von Natur aus gut (Gruppe A), sie sind von Natur aus schlecht (Gruppe B), sie sind von Natur aus gut und (oder) schlecht (Gruppe C). Wichtig ist der Hinweis, dass die Schülerinnen nicht nur über die nach ihrer Meinung notwendigen Regeln für die Entwicklung einer Ordnung des Zusammenlebens der Menschen auf der Insel diskutieren. Sie sollen – nach einer kurzen Planungsphase – tatsächlich in realitätsnahen Simulationen im Sinne des handlungsorientierten Ansatzes Erfahrungen sammeln und in einer Gruppe Handlungsabläufe (nach)spielen.

In der *zweiten Phase, der Reflexionsphase*, tragen die Schülerinnen und Schüler zunächst ihre Erfahrungen vor und analysieren diese. Bei der Analyse und bei dem Vergleich der Bildung des Zusammenlebens in den verschiedenen Gruppen besitzen sie eine gemeinsame emotionale Disposition, denn sie haben die Funktionen der politischen Ordnung „am eigenen Leibe“ erfahren.

Dadurch erleben die Schülerinnen den unmittelbaren Zusammenhang zwischen bestimmten Werten und den Konstitutionsbedingungen einer Ordnung des menschlichen Zusammenlebens. Sie erfahren ebenfalls, dass die jeweilige Idee der Gerechtigkeit und die Orientierung an der Rechtsstaatlichkeit mit dem Menschenbild korrespondieren. Damit haben sie auch erlebt, dass die Werte und die an den Werten ausgerichteten demokratischen Institutionen konkrete Alltagsweltbedeutung besitzen: Die Werte können als alltagsweltlich überprüfbare Kriterien für die regulativen Ideen der Gerechtigkeit, des Gemeinwohls oder des Friedens herangezogen werden.

Hinzu kommt, dass daraus auch unterschiedliche Vorstellungen über die Notwendigkeit von Organisationen der Willensbildung und der Entscheidungen entstehen.

Diese persönlichen Erfahrungen können die Schülerinnen und Schüler sodann in der *dritten Phase* durch die Reflexion ihrer politischen Alltagserfahrungen sowie durch die Interpretation politischer Theorien und politischer Ordnungsentwürfe sowie konkreter politischer Ordnungen weiterentwickeln und ausdifferenzieren. Diese vergleichen sie mit den ideologisch determinierten populistischen und extremistischen Deutungsmustern.

Bei der Textinterpretation zu der Identitätstheorie von Rousseau, der Repräsentationstheorie von John Locke, der Gewaltenteilungslehre von Montesquieu, der Konkurrenz- und Pluralismustheorie von Ernst Fraenkel, der marxistisch – leninistische Theorie u.a., geht es erstens darum, diese unter den Gesichtspunkten des anthropologischen Ansatzes, sowie der Gesellschafts- Staats- und Geschichtsauffassung zu analysieren. Sodann besteht die Möglichkeit – ganz im Sinne der Verknüpfung zwischen der emotionalen und rationalen Dimension der politischen Bildung – die Analyseergebnisse mit eigenen Erfahrungen aus dem Inselfspiel zu vergleichen und einer kritischen Beurteilung zu unterziehen.

Aktuelle empirische Studien zum Populismus

Hans-Joachim von Olberg

„Die bisherige sozialwissenschaftliche Forschung überschätzt quantitativ die Verbreitung von populistischen Überzeugungen“; das ist die These einer repräsentativen sozialwissenschaftlichen Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung zur Verbreitung populistischer Einstellungen unter der wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands, die im Juli dieses Jahr unter dem Titel „Die Stunde der Populisten“ veröffentlicht worden ist (https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/-Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Studie_Populismus_DE.pdf). In einer Panel-Umfrage wurden jeweils weit mehr als tausend Probanden im Juli 2015, im Mai 2016 und März 2017 befragt. Die Autoren haben festgestellt, dass populistische Auffassungen in allen politischen Lagern anzutreffen sind; aber sie verbanden sich nicht mit einer radikalen Systemkritik, deshalb spricht die Studie davon, dass ein „moderater“ Populismus in Deutschland überwiege. 29,2 % der Wahlberechtigten stimmten einzelnen populistischen Aussagen zu, dies käme zwar in allen politischen Lagern des Links-Rechts-Spektrums vor, aber häufiger auf der rechten Seite als in der Mitte und links. Allerdings zeige sich deutlich eine soziale Spaltung: Menschen mit niedriger formaler Bildung, mit geringerem Einkommen und Nicht-Wähler offenbarten stärker populistische Überzeugungen und Haltungen. Die Studie operationalisiert ihren Populismusbegriff in den drei Dimensionen: Annahme einer Homogenität des „Volkes“, Kritik am politischen Establishment und Anti-Pluralismus.

Auch die empirische Forschung zum Rechtsextremismus liefert aufschlussreiche Informationen zum populistischen Potential in Deutschland. Seit 2002 erstellt die Universität Leipzig im Zweijahresrhythmus ihre „Mitte-Studien“. Der Mitherausgeber der aktuellen Version von 2016 Oliver Decker sagt: „Wenn man die Menschen fragt, wo sie politisch stehen, sagen 90 Prozent: in der Mitte. Aber sie vertreten zunehmend antidemokratische

Positionen.“ Die Untersuchung ist unter dem Titel „Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“ erschienen und im Netz unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/mitte-studie.html> verfügbar. Dort findet man auch viele Dokumente zur methodischen und inhaltlichen Kontroverse um diese Untersuchung. Die Befunde zeigen einerseits, dass unter dem Eindruck von Pegida und der Flüchtlingskrise seit September 2015 rechtsextreme Einstellungen unter der Wählerschaft vieler Parteien festgestellt werden können, aber andererseits auch die Ablehnung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in zivilgesellschaftliche Milieus stärker geworden ist.



Personen mit rechtsextremem Einstellungspotenzial unter Parteiwählern

Partei	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD	Nicht- wähler
Befürwortung Diktatur	1,7	2,3	2,0	1,8	3,8	18,1	8,9
Chauvinismus	15,0	14,3	7,9	6,6	8,4	46,5	19,9
Ausländer- feindlichkeit	14,6	16,6	13,7	7,2	8,4	52,6	28,2
Antisemitismus	3,3	4,5	–	3,6	0,8	16,9	6,4
Sozialdarwinis- mus	3,3	2,6	–	3,0	3,1	8,2	5,2
Verharmlosung National- sozialismus	1,4	1,4	–	–	0,8	8,1	3,2

Zustimmung in Prozent; 2420 Befragte

Quelle: Oliver Decker u.a. (Hg.): Die enthemmte Mitte. Gießen 2016



Impuls
Termine
Personen
Berichte

DVPB aktuell

IMPULS

Am Leben vorbei?

Wenn Aufklärung nicht wirkt und politische Bildung ins Leere läuft, muss die Didaktik auch sich selbst hinterfragen – eine Außensicht

Richard Meng

„Politische Bildung basiert auf der Mündigkeit des Menschen und fördert die Urteilskraft des demokratischen Souveräns. Sie verbessert die Orientierungsfähigkeit in der sozialen Welt.“ (Autorengruppe Fachdidaktik, Was ist gute politische Bildung?, Schwalbach/Ts. 2016)

Es gibt einen Klassiker des Nicht-Verstehens, seit vielen Jahrzehnten schon. Immer wenn Schülergruppen irgendwo im Land auf Parlamentstribünen sitzen,

gesprachen – Unsicherheit, Skepsis, Misstrauen. Das Gegenteil war beabsichtigt.

Über solche Klassiker hinaus gibt es nun aber immer mehr Beispiele dafür, dass in der politischen Bildung Gut-Gemeintes am Ende Nicht-Gemeintes auslöst. Dass Erklärversuche scheitern und statt Orientierung eher Unsicherheit wächst. Themen wie Europa oder auch Partizipation stehen dafür. Und ein Bundestagswahlkampf, der keine einzige wirklich tief reichende und ernsthafte programmatische Auseinandersetzung hervorbrachte, zählt genauso dazu. Je tiefer man eindringt in die Materie, desto mehr Fragezeichen tauchen auf, die dann aber nicht Motivation auslösen, sondern schnell delegitimierend für den ganzen Ansatz wirken. Wieder: meist unausgesprochen.

Zugespißt ausgedrückt: Nach Jahrzehnten professioneller, aufklärerisch verstandener politischer Bildung führt die seltene Berührung mit realem politischem Leben der repräsentativen Demokratie zu selten zu tieferem Verstehen und Einmischen. Aber zu häufig zu einem tiefen Fremdheitserlebnis, gemessen nicht zuletzt am Oberflächenbild der zuvor gelehrt abstrakten Normen und Werte. Besonders bei allen, deren eigene private Welt besonders weit weg ist von den bildungsbürgerlichen Milieus. Es drängt die Frage, ob und wie politische Bildung auf das reale Leben vorbereitet.

Die Profession und ihre Didaktik haben sich in einer Zeit etabliert, als die Wichtigkeit des institutionellen Politischen außer Frage stand und eher Autoritätsgläubigkeit das Problem war. Wenn man heute gewisse professionelle Wahrnehmungsschwächen attestieren muss, dann rühren die von solchen vermeintlichen Selbstverständlichkeiten her. Ähnlich wie beim professionellen Journalismus immer wieder

Wahrnehmungsschwächen erkennbar werden, weil so getan wird, als könnten die großen Publikumsmedien in der digitalen Welt noch das Ganze der gesellschaftlichen Kommunikation abbilden.

Nein: Heute muss Politik sich immer erst mal selbst begründen und sich gegen populistisch daherkommende Politikverachtung verteidigen. Und ob überhaupt Gremienpolitik wichtig und beeinflussbar ist im Leben der Einzelnen, ist denen nicht mehr selbstverständlich. Sie denken diese Fragestellung inzwischen oft rein individuell. Wird da wirklich gut genug gegengesteuert? Ob überhaupt noch erkennbar und erlebbar jenseits von Ich-Positionierungen ein politischer Kampf um unmittelbare Interessen stattfindet, wird zur offenen Frage. Und längst verschwimmen im medial transportierten Gesellschafts- und Politikbild die Grenzen zwischen realen und fiktionalen Welten.

Die Ich-Zentriertheit der neuen Kommunikationstechnologien bewirkt soziale und kommunikative Abschottung. Was bedeutet: Im Schutzraum der Anonymität können Ausgrenzung und Hass zu veritablen Identitätselementen werden, was im Umkehrschluss wiederum – nicht selten unbemerkt von Lehrenden – wertorientierte Unterrichtsinhalte emotional aushebelt.

Es gibt dann tatsächlich so etwas wie eine sterile Korrektheit in den Parlamenten, den Medien, im politischen Unterricht, die schweigend hingenommen wird, aber Gefühle nicht erreicht. Aus der Psychologie wird inzwischen der Begriff der Reaktanz herangezogen, um das Aggressionspotenzial zu beschreiben, das sich entladen kann, wenn Schweigespiralen unterschiedlicher Art gezielt und nicht selten lustvoll durchbrochen werden. Egal ob von rechten Schlägern, randalierenden Fußballfans, zündelnden



Dr. Richard Meng, Journalist und Buchautor, Staatssekretär und Sprecher des Berliner Senats 2007-2014, Lehrbeauftragter an der Universität Marburg und der FU Berlin.

stellen sie nach Inaugenscheinnahme vor allem eine Frage: Warum ist das Plenum so leer, wo sind die anderen Abgeordneten? Theorie trifft auf Empirie, das Ergebnis sind Zweifel.

Die parlamentarischen und/oder pädagogischen Betreuungspersonen murmeln dann etwas von der Wichtigkeit der Ausschussarbeit und sonstigen Verpflichtungen, aber besonders überzeugend kommt das nicht rüber. Man fühlt vor allem eines: Irgendwas stimmt nicht recht an dem, was über die Mechanik der demokratischen Institutionen gelehrt wird. Etwas Wichtiges muss es sein. Auch etwas Undurchsichtiges. So eine Erfahrung bewirkt – meist unaus-

Autonomen oder verbalen Amokläufern aller Art in der digitalen Welt.

Die offene, multikulturell ausgerichtete Gesellschaft bietet neue Angriffspunkte, deren individuelle Basis die Repräsentanten dieser Gesellschaft – auch die in der Lehre sind welche! – nicht ausreichend wahrnehmen, weil die Milieus so weit auseinanderdriften. Eine Kultur des Nicht-Verstehens oder auch Nicht-mehr-Verstehens innerhalb gesellschaftlicher Minderheiten verstärkt sich leise, nicht-öffentlich. Die Zweifel verbinden sich bis hin zu einem antiaufklärerischen Konglomerat des Nicht-mehr-verstehen-Wollens, der offensiven Realitätsverweigerung in Teilschichten mit hoher Meinungskonformität. Auf politischer Ebene: siehe Pegida, Brexit, Trump.

Wer aus solchen Denkmilieus kommt, pfeift auf pluralistische Aufklärung und ergebnisoffene Kontroversen. Es ist an der Zeit, neu zu fragen, wie die scheiternden Aufklärer darauf besser reagieren könnten. Und es kann vielleicht sogar professionell umgesetzte politische Bildung zu Spaltungsprozessen beitragen. Zu Spaltungen und Unverständnis zwischen den vielen, die sich demokratisch engagieren, dabei selbst oft den eigenen kritischen Zugang überhöhen, aber doch eher konstruktiv und vorwärtstreibend die demokratische Wertebasis verkörpern – und den anderen, die Hass und Hetze als authentischer und sogar wahrhaftiger erleben.

Die alten Konzepte stoßen an ihre Grenzen. Die Macht von Emotionen und Bildern ist mindestens so sehr Realität wie der rationale Diskurs. Institutionenlehre reicht schon lange nicht mehr aus – angesichts der Komplexität internationaler Entscheidungsprozesse, des Auseinanderlebens innerhalb der offenen Gesellschaften, der Vielschichtigkeit weltweiter religiöser und sozialer Spaltungen, der permanenten Reflexivität zwischen Medienbild und politischem Prozess. Aber gleichzeitig ist ja nach wie vor nicht einmal Institutionenlehre bei den Schulabgängern verlässlich gelernt, formal wie normativ.

Beides indes, Kenntnis von formalen Abläufen wie von ethischen Normen, wird immer dringlicher. Weil solche Wissensvermittlung in Zeiten, in denen die Grundwerte der offenen Demokratie selbst attackiert werden, eben nicht alleine der Kritikfähigkeit, sondern genauso der Verteidigungsfähigkeit der demokratischen Abläufe dient. Gegen fundamentale Angriffe und offensive Ignoranz genauso wie gegen Apathie, Analyseverweigerung und reinen Individualismus. Verteidigung nicht nur gelegentlich und exemplarisch, sondern fundamental und – inklusive Kritik, zum Beispiel an sozialer Ungleichheit – letztlich systembegründend.

Ist es zum Beispiel nicht so, dass bei Unterstellung einer gemeinsamen Werte- und Wahrnehmungsbasis recht schnell das vergleichsweise leichte Ziel der Kritikfähigkeit vor das manchmal weit anstrengendere Ziel des

Verstehens und Verteidigens von Vorhandenem tritt? Kritik ist kein sich selbst begründendes Prinzip. Wenn die gemeinsame Wertebasis wegbröckelt, gerät das Prinzip Anti nur noch ich-zentriert und ohne soziale Empathie. Weil das in vielen der neuen Netzwerk-Blasen ganz normal so ist.

Ein anderes Dilemma: Angesichts all der professionell inszenierten Eventhaftigkeit, Personalisierung und Visualisierung von vermachteter Politik wirken selbst moderne Partizipationskonzepte oft gutwillig-naiv. Wer sie rezepthaft versteht, landet leicht in der Frustration. Aber genauso gefährlich ist, lieber ganz auf aktivierende Einmischung zu verzichten. Dann geht es der politischen Bildung wie dem Latein: Sie wird zur alten Materie, mit der man die Genese des Heutigen nachvollziehen kann, aber nicht das Heutige selbst.

Leistet professionelle politische Bildung wirklich einen Beitrag zum ganzheitlichen Verstehen einer ja zunehmend isolierten Politikwelt – oder erzieht sie zum Distanz halten? Es ist ein wenig wie bei der Sporterziehung: Man probiert in jungen Jahren – unterrichtshalber – alles mal aus. Doch danach konzentriert sich das Sportinteresse eher auf Identität und Identifikation aus Perspektive des Fernsehsessels.

Wie reale Politik abläuft, wie Erfolge und Niederlagen riechen und schmecken, was fasziniert und was abstößt: Dieses Eigentliche gesellschaftlich-politischer Erfahrung und das dabei nötige Stehvermögen vermittelt politische Bildung eher nicht. Es zu verabsolutieren, würde sie überfordern. Aber sie muss doch mehr Brücken bauen in diese Welt der Institutionen, um das Hochziehen von Mauern zu erschweren. Was bedeutet: politische Prozesse fühlbarer machen, als sie es bisher sind. Das geht nur über weitaus mehr direkte, kritisch-konstruktive Begegnung mit

Weitwinkel-Perspektive. Emotionen-, Gefühls- und Bilderwahrnehmung immer inklusive.

Wer selbst in der politisch-medialen Welt arbeitet, kann erleben, dass Außenstehende (einschließlich vieler, die in der politischen Bildung arbeiten) keinen sicheren Eindruck mehr davon haben, wie systemische Politik tatsächlich funktioniert. Mit all ihren komplexen Interessens- und Beziehungsgeflechten inklusive medialer und demoskopischer Reiz-Reaktions-Vorgänge. Nennen wir es Demokratiepraktika: Viel zu lange war es von Misstrauen überlagert, Politik in die Schule zu holen und selbst viel öfter dorthin zu gehen, wo Politik lokal stattfindet – und zwar nicht nur betroffenenorientiert, sondern sehr bewusst unter Wertschätzung repräsentativer Rollen und gemeinwohlbezogener Themen.

Das ist eine von vielen erweiterten Fragestellungen, die zu einer neuen Debatte drängen. Eine andere: Die offene Demokratie erfordert mehr und mehr, Haltung zu zeigen, den liberalen Grundkonsens zu definieren und insofern auch klare Grenzen zu ziehen. Selbst wenn damit ungewollt die Pädagogik (wie der Journalismus und das Expertentum insgesamt) von den Gegnern dieses Grundkonsenses hineingezerzt werden wird in die Arena des aggressiven Wertekonflikts.

Was haben die Schulen in all den Jahren bewirkt? Dass es in Deutschland einen stabilen demokratischen Kern gibt, ist eine große Leistung, nicht zuletzt der politischen Bildung. Aber ganz sicher war so mancher politikdidaktische Ansatz zu eindimensional, zu selbstzufrieden und auch zu verkopft, um in der nötigen Breite attraktiv und anschlussfähig zu bleiben.

Dr. Richard Meng.



Jugendliche verfolgen eine Bundestagssitzung von der Besucher-Tribüne.

TERMINE

Oktober 2017

- 20.10.2017 – **Bayern**
 22.10.2017 Fake News und „alternative Fakten“
 Medien, Politik und Populismus
- 26.10.2017 **Thüringen**
 Lehrpolitiktag an der FSU Jena zum
 Thema „Populismus“

Weitergehende Informationen finden Sie auf den
 Homepages der Landesverbände.

Oktober 2017

Thüringen

Stammtischgespräch mit dem Landtagspräsidenten Christian Carius
 Mitglieder werden über den genauen Termin/Ort per E-Mail informiert

November 2017

29.11.2017

Sachsen-Anhalt

Politiklehrertag.
 Politik im Netz = Netzpolitik

BERICHTE

Bayern

Ort der Reflexion in kontrafaktischen Zeiten

60 Jahre Akademie für Politische Bildung

Zusammen mit mehr als 400 hochrangigen Gästen aus Politik, Medien, Wissenschaft, Bildung und Justiz feierte die Akademie für Politische Bildung im Bayerischen Landtag ihr 60-jähriges Bestehen. Zum Geburtstag gratulierten die politischen Spitzen Bayerns,

darunter Ministerpräsident Horst Seehofer, Landtagspräsidentin Barbara Stamm und der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher. Festredner war der britische Historiker und diesjährige Träger des Karlspreises Timothy Garton Ash.

Kraftzentrum politischer Bildung

Demokratie erfordere lebenslanges Lernen und Zeiten des ruhigen Nachdenkens. Gerade in diesen unruhigen Zeiten, die durch Nationalismus, Populismus und Terrorismus gekennzeichnet seien, sei politische Bildung nötiger denn je, sagte Landtagspräsidentin Stamm. Sie betonte: „Ein Kraftzentrum politischer Bildung sollte sie sein, nach den entsetzlichen Erfah-

rungen, die unser Land mit den Nationalsozialisten gemacht hat. So ein Kraftzentrum ist sie geworden.“

SPD-Fraktionschef und Oppositionsführer im Bayerischen Landtag Markus Rinderspacher erinnerte daran, dass in seiner Partei Waldemar von Knoeringen, Wilhelm Hoegner und vor allem Hans-Jochen Vogel die Akademiegründung vorangetrieben hatten. Gerade in Zeiten des Schlagwortpopulismus brauche man Orte wie Tutzing dringender denn je zum Austausch und zum kritischen Hinterfragen.

Neutralität und Qualität seien wesentliche Kennzeichen der Akademie, sagte Ministerpräsident Horst Seehofer. Er erinnerte an die Besonderheit, dass die Akademie zwar wesentlich vom Freistaat finanziert werde, aber dennoch immer neutral in ihrer Ausrichtung ist: „Für die Kritik, die wir aus Tutzing bekommen, zahlen wir auch noch.“

„Europa in existenzieller Krise“

Festredner war der britische Historiker und diesjährige Träger des Aachener Karlspreises Timothy Garton Ash. Die Europäische Union und der gesamte Westen befänden sich in einer „existenziellen Krise“ – nur noch die Hälfte der jungen Europäer hielten die Demokratie für die beste Regierungsform. „Politische Bildung ist in diesen Zeiten nötiger denn je“, betonte Garton Ash.

Die Ursachen der aktuellen Krise sieht er in den umwälzenden Ereignissen der Jahre 1989 bis 1991: Globalisierung, der Fall des Eisernen Vorhangs mit Freizügigkeit in Europa, der Zerfall der Sowjetunion, der gleichzeitige Aufstieg Chinas, die Euro-Krise. Europa fehle eine gemeinsame Vision.

Dazu komme aktuell das schwieriger gewordene Verhältnis zu den USA unter Trump. In diesen unruhigen Zeiten werde das wiedervereinigte Deutschland „ungewollt wieder fast so etwas wie eine Weltmacht“ – zumindest eine zentrale Macht. Dieses Europa müsse in der Praxis funktionieren und stark und flexibel, in einer Balance zwischen Idealismus und Realismus, handeln.

Michael Schröder



Foto: Rolf Poss

Hochrangige Gäste aus der bayerischen Politik gratulierten der Akademie für Politische Bildung zum Jubiläum: SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher, Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Akademiedirektorin Ursula Münch, der britische Historiker Timothy Garton Ash, Ministerpräsident Horst Seehofer und der Kuratoriumsvorsitzende Friedrich W. Rothenpieler.

Berlin

Berliner Erklärung zur Stärkung der Politischen Bildung an Berliner Schulen

Immer stärker formiert sich in Berlin eine Bewegung, die Politik als eigenständiges Schulfach fordert. Neben dem Landesschüler- und Landeselternausschusses positionieren sich auch vermehrt die politischen Vertreter zum Thema „Politik als Schulfach“. Nachdem die Berliner Regierungskoalition (R2G) die Stärkung der politischen Bildung in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen haben, fordern nun auch die Oppositionsparteien CDU und FDP in Berlin ein eigenständiges Fach mit Namen „Gemeinschaftskunde“. Es gab bereits ein erstes Vorgespräch der Senatsbildungsverwaltung mit den Vertreter*innen des Landesschulerausschusses. Hier wurden Vorstellungen und erste Ideen für eine mögliche Umsetzung diskutiert.

Am 14. Juni 2017 fand daran anschließend ein Treffen mit den Vertreter*innen der verschiedenen Fachverbände, die im 2. Aufgabenfeld abgebildet sind, in der LpB Berlin statt. Sabine Achour und Sven Kusserow vertraten bei diesem Treffen die DVBP und sprachen sich wiederholt für ein eigenständiges Fach Politische Bildung aus, das nicht mehr im Verbund mit Geschichte unterrichtet werden, sondern als eigenständig benotetes Fach künftig unterrichtet werden sollte. Unklar war bis dahin noch immer, woher die Unterrichtsstunden kommen könnten, um dieser Forderung nachzukommen.

Um der Forderung nach einem eigenständig unterrichteten und benoteten Fach Politische Bildung Nachdruck zu verleihen, trafen sich am 03. Juli 2017 die Vertreter der gesellschaftswissenschaftlichen Fachverbände in der Humboldt Universität Berlin. Sabine Achour, Steve Kenner und Marco Parizek vertraten hier die DVBP. Ergebnis dieser Zusammenkunft war die „Berliner Erklärung zur Stärkung der politischen Bildung an Berliner Schulen“, die allen zuständigen politischen Verantwortlichen und der Öffentlichkeit zugesandt wurde.

Auf der Seite <http://www.change.org/p/berliner-erklärung-zur-stärkung-der-politischen-bildung-an-berliner-schulen> kann diese Erklärung gelesen und unterstützt werden.

Ein nächster Schritt wird es sein nach der Einführung des separaten Faches „Politische Bildung“ auch in der 2. Ausbildungsphase das Fach Politik separat

auszubilden und nicht mehr im Verbund mit Geschichte, da Politische Bildung in der aktuellen Praxis der gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildungsseminare im Vorbereitungsdienst nur eine marginale Rolle spielt. Das bestätigen uns Lehramtsanwärter*innen immer wieder. Wir bleiben auch hier weiter am Ball.

#aktiveSchülerInnen2017 – DVBP zeichnet politisch aktive Schülerinnen und Schüler aus

Unter der Schirmherrschaft von Bildungsministerin Sandra Scheeres

Erstmals wurde in diesem Jahr, am heutigen 18. Juli 2017, die Auszeichnung #aktiveSchülerInnen des Landesverbandes Berlin der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVBP e.V.) unter Schirmherrschaft der Bildungsministerin Sandra Scheeres (SPD) verliehen.

Ausgezeichnet wurden Schülerinnen und Schüler, die sich im schulischen oder außerschulischen Kontext politisch engagiert haben bzw. engagieren. In diesem Jahr stand die Auszeichnung unter dem Motto: *für Vielfalt, gegen Rassismus und Diskriminierung*.

Vorgeschlagen werden konnten die Schülerinnen und Schüler von Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen, Sonderpädagog*innen, Erzieher*innen, aber auch von ihren Mitschüler*innen.

„Wir haben uns die Frage gestellt, wie wir den gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Gegenwart umgehen sollen. Als DVBP haben wir uns dabei vorgenommen, das soziale und politische Engagement der Schülerinnen und Schüler in den Blick zu nehmen und zu würdigen“, erklärt Prof. Dr. Sabine Achour, Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der DVBP, das Motiv für das Ausloben der Auszeichnung #aktiveSchülerInnen2017.

In diesem Jahr wird es sowohl Haupt- als auch Sonderpreise für Einzelpersonen und Arbeitsgemeinschaften geben.

„Wir sind beeindruckt von dem Engagement für Vielfalt, gegen Rassismus und Diskriminierung der vorgeschlagenen Schülerinnen und Schüler. Wir können von diesen jungen Menschen viel lernen“, beschreibt Steve Kenner, stellvertretender Vorsitzender der DVBP in Berlin, das Engagement der Preisträger*innen.

Weitere Informationen und Impressionen von der Preisverleihung unter www.dvbp-berlin.de

Steve Kenner

Thüringen

Kammingespräch zur Analyse der Präsidentschaftswahlen in den USA

In kleiner Runde versammelten sich interessierte Mitglieder des Landesverbandes am 4. Mai in der Bohlenstube des Gasthauses „Zum Sack“ in Jena zum politischen Stammtisch. Frank Krystek referierte zum Thema „Die polarisierte Wählerschaft in den Vereinigten Staaten“ und analysierte den Präsidentschaftswahlkampf und das Wählerverhalten.

Krystek, selbst Mitglied im Landesverband seit 2016 und Lehramtsanwärter am Staatlichen Studienseminar in Gera, erwies sich als ausgesprochener Kenner des Wahlsystems und der politischen Kultur der Vereinigten Staaten.

Ausgangspunkt seiner Ausführungen war die Frage, wie sich die ideologische Spaltung der Wählerschaft erklären lässt, da die ökonomische Dimension allein seiner Ansicht dafür nicht ausreicht.

In Form von drei Thesen fand Krystek eine umfassendere Antwort darauf.

Seit 1950er Jahren entstanden bürgerliche Bewegungen in den USA, z.B. Frauen-, Jugend- und Bürgerrechtsbewegungen. Diese liberalen Strömungen interpretierten die konservativen Republikaner als Angst vor moralischem Verfall dem es entgegenzusteuern gilt. Seit dieser Zeit wurden die Südstaaten zunehmend konservativer.

Die These, dass homogene Gemeinschaften einseitige, politische Weltanschauungen verstärken, belegte Krystek mit Hilfe der Echokammertheorie von Torben Lütjen, wonach v.a. Medien und weltanschauliche Milieus als Echokammern dienen, politische Sichtweisen verstärken und den politisch-ideologischen status-quo bewahren.

Nicht zuletzt verstärkt die Zuschneidung von Wahlkreisen den Prozess der politischen Ideologisierung.

In der Diskussion wurden Fragen zur Verantwortung der sich auflösenden Mittelschicht für die Wahl Trumps genauso erörtert wie die Rolle Bernie Sanders im Wahlkampf. Trumps Wahlkampfstrategie erreichte eher weiße Männer ab 45 Jahren ohne College Abschluss, die vornehmlich in ländlichen Gebieten leben. Ein Beleg dafür, dass eine ideologische Spaltung nicht urplötzlich begann, sondern bereits mit den sozialen Bewegungen der 1950er und 1960er Jahren einsetzte. Im weiteren Verlauf des Abends wurden mögliche Polarisierungstendenzen in Europa erläutert, wonach in der Bundesrepublik Konfessionen bei der Polarisierung der Wählerschaft keine Rolle spielten.

Am Ende blieb die Frage offen: Wenn die Polarisierung der Wählerschaft in den USA schon lange so klar abzusehen war, warum endete das Wahlergebnis dann so überraschend?

Toralf Schenk
(2. Landesvorsitzender der DVBP Thüringen)



Gruppenfoto Preisträger*innen

Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung am 16.05.2017

Seit zwei Jahrzehnten ist es Tradition, dass einmal jährlich der Landesverband der DVPB in Kooperation mit der Landeszentrale für Politische Bildung, dem ThILLM und der Professur für Didaktik der Politik der FSU Jena zu den Jenaer Gesprächen zur Politischen Bildung einlädt.

Das Thema „Integration an Thüringer Schulen. Was ist erreicht, was bleibt zu tun?“ versprach mehr eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation an den Thüringer Schulen zu werden, was auch auf die Teilnehmer auf dem Podium zurückzuführen war.

Hier begrüßte Michael May, Professor für Didaktik der Politik an der FSU Jena, als Hausherr und Vorstandsmitglied des Landesverbandes Stefan Nüsse (Stellv. Landeselternsprecher Thüringen), Patrick Hintsche (Landesschülersprecher Thüringen), Petra Praube (Schulleiterin der TGS „Galileo“, Jena), Wolfgang Volkmer (Geschäftsführer der Kindersprachbrücke, Jena), Gudrun Keifl (Flüchtlingsrat Thüringen), Mirjam Kruppa (Thüringer Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge), sowie Mario Förster (wiss. Mitarbeiter bei Demokratisch Handeln, Jena), der die Moderation an diesem Abend übernahm.

Es war zu erwarten, dass für die vielen Gäste und vielen Themenschwerpunkte zu wenig Zeit blieb. So konnten am Ende die Podiumsteilnehmer auch nur ihre Standpunkte und ihre aktuellen Erfahrungen vorstellen. Da sich diese zudem sehr ähnelten, blieb eine spannende Diskussion, v.a. zu der Frage „Wie weiter in der Integration an Thüringer Schulen?“ aus.

Mirjam Kruppa wartete in ihrem Einführungs-vortrag mit konkreten Zahlen auf. Demnach bedürfen 7000 der rund 10 000 Kinder nicht deutscher Herkunft in Thüringen Förderunterricht. Zugleich lobte sie die Errichtung von 150 DAZ Klassen, verwies aber auch auf die geringe Zahl ausgebildeter Fachlehrer. Nicht zuletzt verwies Kruppa auf die Tatsache, dass neben dem Spracherwerb auch eine gewisse fachliche Grundbildung erfolgen muss, die gegenwärtig kaum verwirklicht werden kann. Am Ende ihrer Ausführungen stand der klare Appell, allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Thüringen die Möglichkeit einzuräumen, einen Schulabschluss zu erlangen. Hier bezog sie sich auf den § 1 des Thüringer Schulgesetzes, der ein Recht auf Bildung ausweist. Doch

Schulpflicht heißt auch einen Anspruch auf Bildung zu haben, der durch den Bildungsträger eingeräumt werden muss. Daher lauteten ihre Forderungen für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunft am Ende:

Verlängerung der Schulpflicht; Stärkung und Ausbau schulischer Angebote für Jugendliche über 16 Jahren; Anerkennung der Muttersprache als zweite Fremdsprache und Ausbau des Angebotes für DAZ Unterricht.

Diesen Forderungen konnten die Podiumsgäste nur zustimmen und berichteten aus ihrer jeweiligen beruflichen Perspektive. So plädierte die Schulleiterin Praube klar für die Einführung von Sprachlernklassen, da dem Fachunterricht ein sicheres Sprachverständnis vorausgehen muss. Der stellvertretende Landeselternsprecher Nüsse plädierte für mehr Attraktivität des Lehrerberufes, um die offenen Stellen im DAZ Bereich schnell zu besetzen. Der Landesschülersprecher Hintsche kritisierte die Thüringer Bildungspolitik als Pflasterpolitik, fehlten es doch insgesamt Strukturen, Geld und Personal. Seines Erachtens produziere das Bildungssystem gegenwärtig v.a. Verlierer und schafft kaum Perspektiven.

Der Geschäftsführer der Kindersprachbrücke, Volkmer, verwies auf die Überforderungssituation bei vielen Lehrern, denen das Handwerkszeug im Umgang mit Nichtmuttersprachlern fehlt und forderte daher eine strukturierte Organisationsberatung sowie die kontinuierliche Unterstützung durch den Schulträger z.B. in Form von Kleingruppen oder multiprofessionelle Teams. „Das Ministerium hat noch Luft im Dialog mit externen Partnern.“ so Volkmer.

Die Vertreterin des Flüchtlingsrates Keifl betonte, dass das Problem einer unzureichenden Schulbildung Jahre später den Arbeitsmarkt erheblich belasten werde.

In der Diskussion wurden Forderungen laut, die DAZ Ausbildung zum Pflichtteil der Lehrerbildung werden zu lassen, geflüchtete Lehrer als Fachkollegen besser zu integrieren und neben dem Rückgriff auf Quereinsteiger in den Schuldienst, v.a. verstärkt Fortbildungsangebote zu schaffen.

Trotz des ernüchternden Blicks auf die gegenwärtige Situation an Thüringer Schulen blieb am Ende des Abends die Überzeugung aller Podiumsgäste:

„Gute Schulen finden ihre Wege.“

Toralf Schenk

(2. Landesvorsitzender der DVPB Thüringen)

Landesverband verlieh zum 8. Mal in Folge den Abiturpreis

Am 9. Juni 2017 verlieh der Landesverband im Thüringer Landtag den Abiturpreis. In diesem Jahr lobte die Jury einen ersten Einzel- und einen Gruppenpreis aus.

Den ersten Preis erhielt Alina Sonnefeld von der Gemeinschaftsschule Jenaplan aus Jena. Der Gruppenpreis ging an Vanessa Meynberg, Helen-Sophie von Lipinski, Fabienne Schröder, Paula Kratz und Irem-Sena Gürkan vom Staatlichen Gymnasium Bergschule Apolda.

Zur Feststunde fanden sich neben dem DVPB-Vorstand aus Thüringen der Landtagspräsident Christian Carius, der Direktor des ThILLM, Dr. Andreas Jantowski, sowie der Präsident der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung, Franz-Josef Schlichting, ein. Sie würdigten in kurzen Ansprachen die Leistungen der Preisträger und stellten die große Bedeutung ihres Engagements für die Gesellschaft heraus.

„Der Thüringer Abiturpreis zählt zu den wichtigsten Auszeichnungen für unsere Schülerinnen und Schüler. Er ist ein Gradmesser unserer hohen Bildungsqualität und steht für Spitzenleistungen.“ erklärte der Landtagspräsident.

Der Vorstand des Landesverbandes der DVPB Thüringen wählte in einer geheimen Jursitzung unter den zahlreichen Bewerbungen die Preisträger aus und begründete die Auswahl in den Laudationes.

Alle Bewerber überzeugten die Jury durch herausragende Leistungen im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich und ihr bemerkenswertes ehrenamtliches Engagement. Dennoch stachen die Preisträger im Besonderen heraus. Alina Sonnefeld tritt seit mehreren Jahren in der Öffentlichkeit auf, um gegen Rassismus, Homophobie und Sexismus zu protestieren und sich gleichzeitig für mehr Akzeptanz, Miteinander und die Wahrung der Menschenrechte einzusetzen. Zudem leitet sie einen Schauspielkurs für jüngere Schüler, schreibt dafür die Stücke selbst, gestaltete zum Thema eine eigene Fotoausstellung, nahm erfolgreich an den Thüringer Schultheatertagen teil und arbeitet als freie Autorin beim Jugendjournal „Spieser“. Aktuell startete Alina das Projekt „MachDruck“, bei dem faire und ökologische Kleidung mit klaren Stellungnahmen gegen Rassismus, Sexismus und Homophobie bedruckt und der Verkaufserlös an „Jugend Rettet“ gespendet werden soll. Stellvertretend für die Preisträgerin nahmen die Pädagogen Antina Hochberg und Mike Bruhn den Preis entgegen.

Die Schülerinnen des Berggymnasiums aus Apolda überzeugten die Jury durch ihr überdurchschnittliches Engagement im Rahmen ihrer Seminarfacharbeit zum Thema: „Flucht und Asyl 2015/16 – Chance oder Bedrohung? Die Integration von Flüchtlingen in Mitteldeutschland“. Darin stellen sie die Komplexität und Dynamik der gegenwärtigen Flüchtlingskrise dar und führten zahlreiche Interviews mit Kommunal- und Landespolitikern, Vertretern des Bürgerbündnisses Weimarer Land, des Vereins Asyl Jena e.V. oder auch betroffenen Flüchtlingen selbst durch. Im Ergebnis der Interviewstudien mahnen sie zur Toleranz und zum Abbau von Vorurteilen.

Im Beisein von Eltern, Lehrern, Schülern und Mitarbeitern des Landtags überreichte der Landtagspräsident die Buch- und Sachpreise. Bilder <https://server-tlt.thueringen.de/index.php/s/JrOuUdf3B9UJLB>.

Toralf Schenk

(2. Landesvorsitzender der DVPB Thüringen)



Podiumsgäste der Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung

Nordrhein-Westfalen

Wo bleibt die Politische Bildung?

Stellungnahme der DVPB NW zu den Plänen von CDU und FDP zur Einführung eines Unterrichtsfachs „Wirtschaft“

Wie wichtig ist der CDU und der FDP in NRW die Demokratiekompetenz?

In den ersten Pressemeldungen zu den Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU und der FDP wurde bekannt gegeben, dass ein Unterrichtsfach „Wirtschaft“ an allen allgemeinbildenden Schulen des Landes eingeführt werden soll. Die politisch-gesellschaftliche Bildung findet in den Koalitionsverhandlungen bislang anscheinend keine besondere Erwähnung. Ist die Demokratiekompetenz der nächsten Generation der CDU und der FDP kein Wort wert?

Heranwachsende und Lehrkräfte stehen vor enormen Herausforderungen, die der rasante Wandel der heutigen pluralistischen, demokratischen Gesellschaften mit sich bringt. Wirtschaftliche und soziale Globalisierung, Digitalisierung, Pluralisierung der Lebensweisen, politische Steuerungsverluste sowie neue soziale, ökonomische und ökologische Unsicherheiten und Ungleichheiten sind nur einige dieser Herausforderungen. Sie müssen in der Schule breit thematisiert und mit den Schülerinnen und Schülern bearbeitet und als gestaltbare Prozesse greifbar gemacht werden. Der Verlust politischen und gesell-

schaftlichen Wirksamkeitsempfindens bei der jungen Generation stellt eine massive Bedrohung unserer Demokratie dar, der nur durch eine wertebasierte demokratische Bildung entgegengewirkt werden kann. Wir verstehen diesen Bildungsauftrag als erstrangige Form der Prävention gegenüber Entfremdungsercheinungen wie politischer Extremismus und soziale Verrohung.

Wie viel Lernzeit wollen CDU und FDP den jungen Menschen zukünftig für die Auseinandersetzung mit diesen neueren gesellschaftlichen Entwicklungen geben? Ein zusätzliches Unterrichtsfach „Wirtschaft“ ist dafür zweifellos nicht geeignet, da es die wirtschaftlichen Aspekte von den sozialen und politischen isoliert betrachtet. Die ganzheitliche Sichtweise auf komplexe sozioökonomische Probleme und Herausforderungen der heutigen globalisierten Marktwirtschaften würde den nordrhein-westfälischen Lernern und Lernerinnen damit in Zukunft verwehrt.

Der bestehende Ansatz der sozialwissenschaftlichen integrativen Bildung, in der die wirtschaftliche Bildung selbstverständlich integriert stattfindet, ist seit Jahrzehnten ein nordrhein-westfälisches Erfolgsmodell. Während in erfolgreichen Schulsystemen Schulfächer zugunsten fächerintegrierten Lernens zusammengelegt oder aufgehoben werden, soll nun in NRW ohne Not ein Rückschritt in eine verengte und altentümliche Fächerstruktur erfolgen, die sich nicht bewährt hat. Ein besonderes Interesse hat die deutsche Gesellschaft, auch und vor allem die Wirtschaft, an der Integration der Neueingewanderten. Hier stellt sich die wichtige Frage: Wie viel Lernzeit gibt die Koalition zukünftig den Schülerinnen und

Schülern, die aus autoritär regierten Staaten nach Deutschland kommen, um sich mit der deutschen Demokratie, Gesellschaft und Wirtschaft vertraut zu machen?

Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen in NRW brauchen Zeit und Ruhe, um fachlich und pädagogisch guten Unterricht zu gestalten und weiter entwickeln zu können. Mit der Einführung eines Unterrichtsfachs „Wirtschaft“ und dem hierdurch notwendig werdenden Umbau der Stundentafeln wird den Schulen in NRW eine sachlich unnötige Schulreform aufgenötigt. Dies wird erneut Unruhe in die Schulen bringen. Die Leidtragenden sind am Ende Schülerinnen und Schüler, denen für ihre wichtigen Fragen an die heutige deutsche Demokratie und Gesellschaft kein Raum mehr gegeben werden kann.

Die DVPB NW fordert daher den vollen Erhalt einer gesellschaftlichen Bildung, die eine ökonomische Bildung in die sozialwissenschaftlichen Fächer integriert. Sie fordert den Ausbau politischer und sozialer Inhalte in den Curricula. Eine Studie der Universität Bielefeld belegt, dass schon heute der ökonomische Anteil in den vorliegenden Bildungsplänen deutlich dominiert. Soziale Themen sind in den Curricula bereits an den Rand gedrängt.

Duisburg, den 7. Juni 2017

*Prof. Dr. Bettina Zurstrassen, Vorsitzende
Prof. Dr. Andrea Szukala, Stellv. Vorsitzende
Ulrich Krüger, Stellv. Vorsitzender*

<http://www.dvpb-nw.de>

Brandenburg

Neuer Landesvorstand gewählt

Im Januar 2017 kündigten drei Mitglieder des DVPB-Landesvorstandes Brandenburg aus persönlichen Gründen ihren Rückzug aus der Vorstandsarbeit an. Dies erzwang eine vorfristige Neuwahl des Landesvorstandes, zu der am 27.06.2017 nach Potsdam eingeladen wurde.

Vor der eigentlichen Wahlversammlung fand eine thematische Mitgliederversammlung statt, die auch offen für Nicht-Mitglieder des Verbandes war. Unter dem Titel „Neue Schulbücher für Politische Bildung auf dem Prüfstand“ fand eine Gesprächsrunde mit Vertreter/innen der Schulbuchverlage C.C. Buchner, Schöningh und Schroedel statt. Es wurden neue Unterrichtswerke (Schülerbücher, Lehrerhandbücher, Arbeitshefte und Internet-Angebote) der Verlage vorgestellt, die auf der Grundlage des ab Schuljahr

2017/18 unterrichtswirksam einzuführenden neuen Rahmenlehrplans für die Klassen 1-10 in Brandenburg erarbeitet wurden und als Begleitmedien Unterricht gestalten helfen sollen. An dieser Gesprächsrunde nahmen viele Studierende teil, die Fragen zur Entstehung und Zulassung von Unterrichtswerken und durchaus auch Hinweise für die Verlagsvertreter/innen hatten, Schülerbücher motivierender und handlungsorientierter sowie in Kombination mit medialen Angeboten des Internets zu gestalten. Die Zeit zum Gespräch in kleinen Gruppen hätte länger sein können.

Im Anschluss wurde verbandsintern der neue Vorstand gewählt. Dieter Starke wurde für seine langjährige Arbeit als erster Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg gedankt. Er hat sich ausdauernd für die Existenz des Landesverbandes seit nunmehr 26 Jahren sowie die Funktionsfähigkeit des Vorstandes eingesetzt. Michael Fardun hat gewissenhaft und verlässlich die Vereinskasse verwaltet. Martina Panke brachte als Beisitzerin ihre Erfahrungen aus der au-

Berschulischen Jugendarbeit in die Vorstandsarbeit ein. Wir danken den drei ehemaligen Vorstandsmitgliedern und freuen uns, dass alle drei im Landesverband verbleiben und dem neu gewählten Vorstand Unterstützung zugesagt haben.

Gewählt wurden Carsten Hinz als Kassenwart, Max Droll als zweiter Vorsitzender, Patrick Zok, Luisa Lemme und Heidelind Uhlig als Beisitzer/innen sowie Dr. Rosemarie Naumann als erste Vorsitzende. Für den neuen Vorstand werden erstens die Lobbyarbeit zur Stärkung der schulischen politischen Bildung (regelmäßiger Kontakt mit Landtagsabgeordneten, Gespräche im Bildungsministerium) sowie zweitens die Mitgliederwerbung unter Studierenden sowie Referendarinnen und Referendaren durch interessante Veranstaltungen an der Universität Potsdam Schwerpunkte der Verbandsarbeit sein.

Rosemarie Naumann



v. l. n. r.: Max Droll, Rosemarie Naumann, Carsten Hinz.

Rheinland-Pfalz

Vorstellung des rheinland-pfälzischen DVPB-Landesverbandes bei Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig

Am 11. Mai bekam eine Abordnung des rheinland-pfälzischen Landesvorstandes (Landesvorsitzender Michael Sauer, stellvertretender Landesvorsitzender Georg Mohr sowie die Beisitzer Kerstin Pohl und Stefan Fölker) die Gelegenheit, den Verband im Bildungsministerium vorzustellen und Möglichkeiten der Kooperation auszuloten. Von Seiten des Ministeriums nahmen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, Staatssekretär Hans Beckmann und die Referentin im BM, Katja Bewersdorf, am Gespräch teil.

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig machte deutlich, dass sie politische Bildung für enorm wichtig erachtet. Dabei spiele ihrer Meinung nach aktuell die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parteien und Strömungen eine besondere Rolle. In diesem Kontext konnten wir auf unsere Kooperationsveranstaltung mit der Fridtjof-Nansen-Akademie „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen ... Rechtspopulismus in Deutschland“ am 5. und 6. Mai 2017 verweisen, welche hervorragend besucht war. Dass ihr die Stärkung und Aufwertung der politischen Bildung besonders am Herzen liege, zeige sich im neuen Landeshaushalt daran, dass 250.000 Euro

zusätzlich für politische Projekte bewilligt wurden, wobei das Geld noch nicht vollständig verplant sei!

Wir wurden nach unseren Erfahrungen zu Antisemitismus in Schulen befragt, wobei wir an den Gymnasien in Rheinland-Pfalz bislang keine bedeutsamen Strömungen feststellen konnten. Auch der Umgang mit der AfD wurde diskutiert, wobei wir uns einig waren, dass der offene politische Diskurs gesucht werden sollte. Wir konnten hierbei auf positive Erfahrungen mit Podiumsdiskussionen in den Schulen verweisen, an welchen Vertreter der traditionellen politischen Parteien und der AfD teilnahmen. In diesen Auseinandersetzungen wurden die problematischen Einstellungen der Partei bezüglich der Menschenrechte, des Geschichts- und Demokratieverständnisses deutlich aufgezeigt. Dies konnte auch durch die Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler nach den Veranstaltungen bestätigt werden.

In diesem Kontext wiesen wir darauf hin, dass 3 Stunden Sozialkunde in der Sekundarstufe I zu wenig seien, um den Jugendlichen die Werte des Grundgesetzes zu vermitteln und die immer komplexer werdenden politischen Probleme zu analysieren und zu beurteilen. Der im neuen Lehrplan für die Sekundarstufe I zu Recht geforderte problem-, schüler- und handlungsorientierte Unterricht ist so nur bedingt umsetzbar. Auf Partizipation ausgelegter Unterricht benötigt Zeit, welche in der 10. Klasse mit einer Wochenstunde Sozialkunde schlichtweg fehlt. Staatssekretär Hans Beckmann stimmte diesem Befund in Teilen zu, sah aber keine politische und finanzielle Möglichkeit, die Stundentafel zugunsten

der Sozialkunde zu verändern. Er verwies stattdessen auf die Möglichkeit für Schulen, Zusatzstunden für Sozialkunde zu beantragen und sich somit ein explizit politisches Profil zu geben. Er würde sich von Seiten des Verbandes über praktikable Lösungsmöglichkeiten für das Stunden-Problem freuen. In diesem Zusammenhang wird der Vorstand demnächst eine Arbeitsgruppe zusammenstellen, um entsprechende Vorschläge zu entwickeln.

Im Gespräch stellte sich heraus, dass die Überarbeitung des Oberstufen-Lehrplans für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer nicht auf der aktuellen Agenda der Landesregierung steht, aber in absehbarer Zeit angegangen werden soll. Prof. Dr. Kerstin Pohl forderte für diesen Überarbeitungsprozess, die fachdidaktische Expertise der Universitäten im Bundesland einzubringen zu dürfen.

Als nächstes gemeinsames Kooperationsprojekt zwischen dem Bildungsministerium und der rheinland-pfälzischen DVPB wurde die Verleihung des Sutor-Preises für besondere Verdienste um die politische Bildung im Jahr 2018 ausgemacht. Hierbei stellte der Landesvorsitzende der DVPB, Michael Sauer, nochmals die gelungene Kooperation bei den vergangenen zwei Preisverleihungen an Prof. Dr. Bernhard Sutor (2015) und Prof. Dr. Hans Buchheim (2016) heraus. Für die nächste Preisverleihung sollen neben der Landeszentrale für politische Bildung noch weitere Kooperationspartner und auch Medienpartner einbezogen werden.

Bericht: Georg Mohr und Michael Sauer

Schleswig-Holstein

Fachtagung „Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

DVPB, S-H, Landesbeauftragter für Politische Bildung, Jüdische Gemeinde Flensburg.
26.04.2017

Am 26. April 2017 fand in der Jüdischen Gemeinde Flensburg die 11. Tagung mit dem Thema „Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ mit den folgenden Schwerpunkten statt.

- Antisemitismus wegen Auschwitz.
- Wird die Existenz Israels als Vorurteil gegenüber Juden verwendet
- Wie transformieren moderne Formen jüdenfeindliche Stereotype?
- Was bedeutet die heutige Judenfeindlichkeit im Alltag jüdischer Gemeinden?

In seiner Begrüßung weist der Landesbeauftragte für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann, auf die Wichtigkeit von Veranstaltungen hin, die sich mit der Auseinandersetzung von Antisemitismus in Geschichte, Gegenwart und Zukunft befassen.

Er weist auf den vor Tagen erschienenen Antisemitismusbericht 2017 der Bundesregierung hin. Hierin sind etwa 20 Prozent latent antisemitische Ein-

stellungen, also Denkmuster, bis in die Mitte der Gesellschaft hinein zu finden. Weitere Einschätzungen sprechen von ca. von 15% offenen Antisemitismus.

Die Jüdische Gemeinde vertreten durch die 1. Vorsitzende Elena Sokolovski begrüßt und stellt den Ablauf des Gemeindelebens medial in Form eines Info Films vor. Seit Bestehen der Gemeinde verstehen sich die Mitglieder, meist aus osteuropäischen Ländern zugereist, auf unterschiedlichsten Ebenen durch gemeinsame Aktivitäten als offener Teil der Flensburger Stadtgesellschaft. Der mit der muslimischen Gemeinde gemeinsam geteilte Friedhof spricht von Offenheit und Kontaktsuche.

Wolfgang Heise, DVPB/Förde-vhs, „Moderner Antisemitismus - Ein Überblick- Beginnend stellt Heise ein anerkanntes Stufenmodell vor. Das besagt: „Juden zugeordnete Eigenschaften und Merkmale werden nicht vergessen, sondern nur von Generation zu Generation umgedeutet“. Sekundär-antisemitismus, Holocaustverleugnung Antizionismus und andere antisemitische Strömungen die er eingehend erläutert, können nur so in ihren Ausformungen verstanden werden.

Daniel Killy, Journalist und Autor, Deutsch-Israelischen Gesellschaft, referiert das hochaktuelle Problem „Antizionismus und Antisemitismus – ein Blick in die Medien“

In kritischen Betrachtungen spricht Daniel Killy über den allzu wichtigen Umgang mit Sprache bei der Aufarbeitung antisemitischer Tendenzen. „Klassischer“ sowie der in der Forschung genann-

te „sekundärer Antisemitismus“ tritt seit geraumer Zeit kontinuierlich zurück und überlässt im weiten Zügen einem sogenannten „israelbezogenen Antisemitismus“. das Feld. Ausgehend von: „Israel kann tun und lassen was es will, die Presse sieht es immer als Aggressor an“ formuliert er zahlreiche Beispiele in denen er u.a. bei den unterschiedlichen Medien in ihrer Berichterstattung, bis hin zu Schulbuchveröffentlichungen, einseitige Darstellungen feststellt.

Ein grundsätzlich positiv erscheinendes Bild zeichnet Gershom Jessen als Vertreter der Gemeinde in seinem Vortrag Antisemitismus heute, was bedeutet dieser im Alltag jüdischer Gemeinden, Natürlich sagt eine zeitweise vorhandene Polizeipräsenz vor dem Gemeindegebäude etwas über die Gefühlslage der Bewohner aus. Aber gute und gepflegte Kontakte u.a. zu anderen Religions-gemeinschaften vermitteln eine gewisse Sicherheit. Selbstverständlich sind Probleme nicht zu übersehen, die mit jüngsten Ereignissen wie Zuwanderung zusammenhängen und zu Unsicherheiten bei Mitgliedern und Freunden führen.

Wolfgang Heise

Bremen

Demokratiewerkstatt: Demokratisierung statt Radikalisierung!

*Jugendliche aus Bremen und Niedersachsen fordern für alle Schulformen bundesweit einheitliche Abschlussprüfungen, eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen, zusätzliche Lehrer*innen, Sozialpädagogen*innen und Mediator*innen, aber auch mehr Individualität im Lernen.*

Dies sind die Ergebnisse einer Demokratiewerkstatt des Zentrums für Arbeit und Politik (zap) der Universität Bremen mit zwölf Schüler*innen aus beiden Ländern. Bei dem Projekt entwickeln Jugendliche eigenständig Ideen für eine zukunftsfähige, demokratische Gesellschaft. Hier können sie innovative Lösungswege erarbeiten, ohne durch Sachzwang-Argumente eingeschränkt zu sein. Unterstützt von Expert*innen aus Politik, Kultur und Wissenschaft erarbeiten die

lung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern behandelt werden. Die Schwerpunkte der Stunde möchten die Schüler*innen selbst setzen. Lehrkräfte sollten laut dem Katalog stärker kontrolliert werden. Dafür schlagen die Workshopteilnehmer*innen halbjährliche, anonyme Evaluierungen vor, beispielsweise mithilfe von Online-Fragebögen.

Ziel der Demokratiewerkstatt ist es, die demokratische Partizipation von Jugendlichen zu stärken, indem sie sich gemeinsam mit Fragen einer gerechten Gesellschaft auseinandersetzen. Hierbei sollen sie erkennen, welche Handlungsspielräume sie selbst haben, gesellschaftlich aktiv zu sein und Dinge konkret zu verändern. Das Format der Demokratiewerkstatt ist Teil des zurzeit am zap laufenden Forschungsprojekts „European Learning Environment Formats für Citizenship and Democracy“ (ELEF), das von der Europäischen Union finanziert wird, um zunehmenden Radikalisierungstendenzen entgegenzuwirken. Es geht darum, Jugendliche zu gesellschaftlichem Engagement und kritischem Denken anzuregen sowie um die Vermittlung demokratischer Grundwerte, wie Toleranz, soziale Inklusion und kulturelle Offenheit. Ziel ist es, unterschiedliche partizipative und demokratieförderliche Lernformate und -ansätze umzu-

Dem Hass keine Chance – Bremer Jugendpreis 2017

Am 7. Juni 2017 brodelte es wieder in der oberen Rathaushalle in Bremen. Von Grundschulkindern, über Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe I und aus den Oberstufen bis zu Jugendlichen aus Freizeitheimen tummelte sich eine bunte Schar in der „guten Stube“ Bremens: die Preisverleihung zum diesjährigen Bremer Jugendpreis fand statt und die Senatorin für Kinder und Bildung, Frau Bogedan, hatte eingeladen. Vertreten waren auch die Sponsoren und die Jurymitglieder.

Die Preisgelder in einer Gesamthöhe über 6000 Euro werden von einem breiten Bündnis in der Stadt getragen, das das Engagement von Kindern und Jugendlichen fördern möchte. Große Geldpreise vergeben der Senat und die Bürgerschaft, beteiligt sind u.a. die Landeszentrale für politische Bildung und die Migrationsbeauftragte, die Arbeitnehmerkammer sowie Kirchen (Bremische Evangelische Kirche, Dechanatsjugend), Vereine (Werder Bremen, Lebenshilfe, Erinnern für die Zukunft, Förderverein Medienpädagogik), Betriebe (Mercedes Benz, Airbus, Sparkasse Bremen), die GEW und „Die Nacht der Jugend“. Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung und die Stadtbibliothek Bremen beteiligen sich mit Büchergutscheinen.

Gerade in der breiten Mischung der beteiligten Sponsoren kommt zum Ausdruck, dass es bei diesem Preis um die Stärkung von Zivilcourage in der Lebensumwelt geht. Kinder und Jugendliche sollen sich kreativ mit aktuellen Fragestellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens auseinandersetzen, Probleme benennen und nach Lösungsansätzen zu suchen. Die Themenschwerpunkte wechseln in jedem Jahr. „Wie man in den Wald ruft ...“, war das diesjährige Motto. Dabei waren die Teilnehmenden aufgefordert, darüber nachzudenken, ob diese Redewendung stimmt oder nicht. Gewünscht war eine Auseinandersetzung mit der Frage, „wie wir miteinander umgehen wollen“.

Die Vielfalt und Kreativität der Ideen der eingereichten Beiträge (Kurzfilme, Theaterstücke, Songs, Zeitungen, Plakate, Collagen, Fotobücher) ist immer wieder überwältigend. Die Kurzeinblicke bei der Preisverleihung (Szenische Auftritte, Songs, Tanz) zeigen, wie engagiert viele Kinder und Jugendliche in ihrem Alltag sind. Der Preis der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung ging an eine achte Klasse der Albert-Einstein-Schule, die Gedichte verfasst hat, in denen es um die Bedeutung von Sprache, Flucht und Zusammenleben geht.

Regina Piontek

Zweite Vorsitzende des DVBP-LV Bremen



Foto: © Monika B. Beyer

Kritikmauer

Teilnehmenden konkrete Handlungsempfehlungen, die sie anschließend einer breiten Öffentlichkeit präsentieren. Bei der Themenwahl sind die Jugendlichen frei. In der u.a. durch den DVBP-Landesverband Bremen unterstützten Demokratiewerkstatt Ende Juni haben sie sich für den Schwerpunkt *Schule und Bildung* entschieden.

Entstanden ist ein Katalog mit zwölf konkreten Forderungen, die die Jugendlichen an Politiker*innen, Lehrer*innen, Journalist*innen sowie ihre eigenen Schulen richten. „Wir wehren uns gegen kaputte Schultoiletten, veraltete Computer und mangelhafte Fachausstattung“, heißt es darin unter anderem. An allen Schulen müsse es freies WLAN geben, die Kosten für den Schulweg und ein Mittagessen sollten übernommen werden. Darüber hinaus entwickelten die Jugendlichen aber auch die Idee für ein zusätzliches Unterrichtsfach an allgemeinbildenden Schulen mit dem Namen „Vorbereitung auf das Leben“ (VaL). Darin sollten Themen wie soziales Miteinander, Buchführung, Ernährung sowie die Gleichstel-

setzen. Insgesamt realisiert das Projekt ELEF die drei Bildungsformate *Street Education*, *Demokratie-Coaches* und *Demokratiewerkstatt*, die sich an jeweils unterschiedliche Zielgruppen richten. Gemeinsam mit universitären und außeruniversitären Partnern aus Dänemark, Polen, Spanien und Ungarn werden diese Formate durchgeführt, um sie auf der Basis eines regelmäßigen Austauschs zu verstetigen.

Weiterführende Informationen unter <http://www.uni-bremen.de/zap/forschung/european-learning-environment-formats-for-citizenship-and-democracy-elef.html>

Julia Gantenberg

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Arbeit und Politik (zap) der Universität Bremen und Mitglied des DVBP-Landesverbandes Bremen



Hilft neutrale Argumentationslogik gegen Populisten?

Daniel-Pascal Zorn: Logik für Demokraten. Eine Anleitung, Stuttgart: Klett-Cotta 2017, 314 Seiten, 20,00 Euro



Dieses Buch des 1981 geborenen Autors Daniel-Pascal Zorn, ein promovierter Philosoph, hat es binnen kurzer Zeit geschafft, in den Feuilletons einer ganzen Reihe großer Zeitungen und Zeitschriften besprochen und gefeiert werden. Mitunter gibt es auch verhaltene Skepsis darüber, wie hilfreich und plausibel die Ratschläge des Autors sind, wenn Demokraten in die Konfrontation mit Populisten geraten.

Der Begriff „Konfrontation“ taucht jedoch in dem Buch nicht auf. Der Autor „will und wird keine Stellung beziehen auf dem Kampfplatz der neuen Metaphysik“ (11). Schon bei dieser frühen Ankündigung wurde ich stutzig. Haben wir es mit dem Aufkommen von AfD, Pegida, der Neuen Rechten etc. mit „Metaphysik“ zu tun oder mit Ideologien, Deutungsgewalt und Machtansprüchen? Diese Frage stellt sich Zorn

nicht. Er will „eine moralisierende Grenzziehung vermeiden“ (13). Das „[ist] als Philosoph [...] nicht meine Aufgabe“ (13). Aber wieso ist es „moralisierend“, wenn man bei Rassismus und Diskriminierung eindeutig „Stopp“ sagt? Und was ist – bittschön – die Aufgabe von Philosophen? Das bleibt im Unklaren. Stattdessen setzt Zorn eine Prämisse: „Vernunft verteidigt sich selbst. Unvernunft widerlegt sich selbst“ (203). Da drängt sich mir die Gegenfrage auf: Wieso sind Vernunft und Unvernunft Subjekte, die „sich selbst“ verteidigen oder widerlegen? Gibt es da nicht auch Menschen, die aus vielerlei Gründen „vernünftige“ oder „unvernünftige“ Positionen vertreten? Dieser Frage, etwa der nach hinter der „Vernunft“ oder der „Unvernunft“ stehenden Herrschaftsambitionen nachzugehen, ist nicht das Interesse des Philosophen. Sein Anspruch steht weit über solchen trivial erscheinenden Niederungen. Er will eine „Logik für Demokraten, eine Logik des demokratischen Denkens“ entwickeln und vorstellen (203). Hier müsste der Logiker aber ins Grübeln kommen. Denn was will er nun: „keine Stellung beziehen“ (siehe oben) oder eine Logik „für“ Demokraten schreiben? Will er neutral sein oder doch normativ?

Wer in diesem Buch nach Antworten sucht, der muss sich darüber bewusst sein, dass die Lektüre mühsam ist. Für mich ist das Ergebnis nach dieser Mühsal alles andere als überzeugend. Populismus – und darum geht es in dem Buch – will Zorn „argumentationslogisch“ beschreiben (35). Dadurch verliert der Begriff seinen „pejorativen, herabwürdigenden Charakter“ (36). Zorn will logisch an den Populismus und dessen Denken heran. Er enthüllt, wo da die logischen Inkonsistenzen sind (43). Damit scheint das Problem auch schon gelöst zu sein, wozu viele Seiten mikroskopischer Detailbetrachtungen logischen oder unlogischen Argumentierens (plus umfassendem Glossar) erforderlich sind. Quintessenz: Wenn gezeigt werden kann, „warum die Gegenseite fehlerhaft argumentiert“, kann die „Logik für Demokraten“ überzeugen (107). Spätestens an dieser Stelle ist die Frage berechtigt, mit wie vielen dogmatisch verfestigten, aggressiv auftretenden Populisten Zorn das schon erfolgreich praktiziert hat.

Die Antwort bleibt aus. Dafür gibt es seitenlange Ausflüge in die Geschichte der Philosophie (73-91, 174-189, 205-209). Dabei sollen „wir uns klar machen, wie populistisches Denken seit gut 2.500 Jahren immer dieselbe Strategie und Taktik wiederholt“ (71). Doch hilft das weiter? In diesen vielen Jahren hat

sich die Welt erheblich gewandelt und damit auch die Art und Weise, wie Populisten auftreten und ihre Parolen (Argumente?) vertreten. Das geschieht keineswegs immer in einer unmittelbar argumentativen Situation, sondern neuerdings ja auch mit dem Einsatz von medial inszenierten Erlebnisangeboten.

Zwischendurch verblüfft Zorn mit einem „anthropologische[n] Gedankenexperiment“ (111-136). Beim Wechsel von der Jagd- zur Ackerbaukultur, so expliziert er, entdeckten die Menschen „logisch“, „die Unterscheidung von Sein und Sein-Können“ (126). Damit „[hat] die dogmatische Ordnung des Jägers [...] sich als die schwächere erwiesen“ (130). Logisch?

Bei so viel Mitteilungsbedürfnis der eigenen, zweifellos umfassenden philosophischen Bildung fallen jedoch Zorns Trivialsätze besonders ins Auge, z. B. „Wer z. B. sagt: ‚Ich bin Georg‘, der hat zugleich nicht gesagt ‚Das Wetter ist schön‘“ (139), „Jedes Mal, wenn wir ‚Ich‘ sagen, sprechen wir die Position an, von der aus wir sprechen“ (142 f.). „Es ist unhintergebar, dass derjenige, der etwas äußert, etwas Bestimmtes äußert“ (190).

Schließlich meint Zorn, der Widersprüchlichkeit populistischen Denkens und Redens mit einem irritierend naiven und kritiklos affirmativen Plädoyer für die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik und der Beschreibung ihrer Institutionen (218-220) sowie einer idealistisch verklärten Darstellung des Zustandekommens der Verfassung (237-241) auf die Spur zu kommen.

Zweifelsohne gibt es in diesem Buch auch starke Passagen, z. B. wie Zorn die Behauptung von Populisten, sie würden dem Willen des Volkes Ausdruck verleihen, mit klarer Logik aushebelt (215). Aber diese wenigen Lichtblicke kompensieren nicht die vielen Fragezeichen und Ungereimtheiten, die sich mir bei der Lektüre einstellten. Wenn Philosophie wirklich so puristisch und blutleer ist, wie Zorn es weismachen will, dann lebt sie zwar vom Prinzip Hoffnung allseits überzeugungsbereiter Menschen, verfehlt aber lichtstraßenweit die Wirklichkeit des politischen Lebens.

Klaus-Peter Hufer
(Kempfen und Essen)

Kritik der digitalen Verblendung

Martin Dust, Ingrid Lohmann, Gerd Steffens (Redaktion): Jahrbuch für Pädagogik 2016. „Events & Edutainment“. Frankfurt am Main: Peter Lang Edition 2016, 314 Seiten, 24,95 Euro (D)



Unmöglich, an dieser Stelle sämtliche der 22 Beiträge angemessen zu würdigen. Ich beschränke mich auf drei Texte. Gleichwohl will ich anregen, auch die anderen Beiträge wahrzunehmen, so wie es die Reihe „Jahrbuch für Pädagogik“ regelmäßig verdient.

Dieses Mal also „Events“. Mir kam sofort ein Event in den Sinn, von dem ich mich entgegen meiner rationalen Überlegungen immer wieder an- und zugleich abgestoßen fühle, der Fußball. Und ja ich gebe es zu: Ich schaue gar nicht so selten die Sportchau, wünsche der Eintracht, dass sie gewinnt. Dass Fußball eine Bühne für mannigfache Geschäfte ist bestätigt der Sportwissenschaftler Jürgen Schwier in dem Beitrag „Die Sportshow. Zur Eventisierung von Bewegungs- und Sportkulturen“.

Die Entwicklung des Massensports vom Wettkampf zum Event zeichnet Schwier nach und nennt Eventisierung als Voraussetzung einer fortlaufenden Kommerzialisierung (S. 108). Angesichts der immer geringer werdenden Bedeutung klassischer Identifikationsangebote (Religion, Klasse, Nation) kann mit der Fanrolle ein befriedigendes identitätsstiftendes Zugehörigkeitsgefühl geweckt werden. Schwier schreibt wertfrei zu den Fußball-Weltmeisterschaften: „Ihr gemeinschaftsbildendes Potential macht die WM zu einem der raren Angebote, die vor den Bildschirmen noch einen echten Versammlungseffekt auslösen können.“ (111)

Einen besonderen Stellenwert weist Schwier dem Public Viewing zu: Sie seien „Gemeinschaften nur für einige wenige Stunden, bleiben vollkommen unverbindlich und kennen insbesondere keine gegenseitigen Bindungen und Verpflichtungen, wie dies bei Gruppen im Sport traditionell üblich ist“. Die „90-Minuten-Patrioten“ (112) „schaffen an den Großleinwänden gewissermaßen erst das Erlebnis, das sie selbst miterleben wollen“ (113). Er schließt mit eher ambivalentem Unterton, „dass Sportevents vor allem

dann erfolgreich sind, wenn sie von den Menschen mitgestaltet bzw. produktiv angeeignet werden können.“ (116)

Gerd Steffens stellt in seinem Beitrag „Vom Diskurs zur Resonanz – was bleibt von der Kategorie der Öffentlichkeit in digitalen Zeiten?“ die Frage, inwieweit jene historische Phase enden könnte, in der der gesellschaftliche Diskurs den Imperativen der Aufklärung folgte und in der „Kommunikation nichts anderem verpflichtet ist als dem vernünftigen Austausch von Argumenten“ (37). Mit der Herausbildung des digitalen Finanzmarktkapitalismus ist auch im öffentlichen Diskurs ein revolutionärer Wandel einhergegangen: Die Digitalisierung der Kommunikation. Steffens Sorge gilt demnach der Frage, ob gesellschaftliche Öffentlichkeit „sich als Gegenmacht intakt erhalten“ (kann). „Oder öffnen die neuen Bedingungen einer Kolonialisierung der kommunikativen Öffentlichkeit durch Herrschaft Tür und Tor?“ (37)

Als zeitdiagnostisches Medium wählt dann Steffens zwei „gegenwartskritische Romane: Marc Elsbergs „Zero. Sie wissen was du tust“ und „Der Circle“ von Dave Eggers. In „Zero“ stellen die User einem Internetunternehmen möglichst viele persönliche Daten zur Verfügung, damit sie „ActApps“ erhalten, persönlich auf jeden User zugeschnittenen Verhaltensratgeber für alle Alltags- und Lebensentscheidungen, die „Nutzenmaximierung, zur Optimierung des coolen Selbst“ (39) darstellen. Immerhin gibt es in „Zero“ jene Gegenbewegung, die in der Öffentlichkeit eine andere Form von Transparenz als diejenige der totalen digitalen Durchsichtigkeit herzustellen vermag. Kritiker haben Eggers Roman (z. B. in der „Zeit“) als „plump“ und „polemisch“ bezeichnet. Trotzdem beschreibt der „Circle“ die Situation, die nach einem Zusammenschluss von Google, Facebook, Twitter und Apple entstehen könnte, einen digitalen Totalitarismus. Wenn einmal Parolen wie „Privatsphäre ist Diebstahl“ erfolgreich in die Köpfe implementiert sind, gelingt Individuen, die der totalen Kontrolle entkommen wollen, die Flucht nicht mehr.

Mit der Vorstellung der beiden Romane hat Gerd Steffens einen listigen Rahmen geschaffen, um sein eigentliches Interesse, nämlich Hartmut Rosas Versuch, die kritische Theorie „resonanztheoretisch“ zu aktualisieren, seinerseits einer kritischen Sicht zu unterziehen. Rosa geht von der These aus: „Gelingendes Leben ist quasi definierbar als resonantes Weltverhältnis.“ (Rosa). Steffens misstraut der These Rosas vom „Aufleuchten der Augen“ als Index, das dann beliebig – so Steffens – „von der Übereinstimmung im Diskurs bis zur Gänsehauterfahrung kollektiver Begeisterung“ (S. 44) gehen kann. Dass sich Rosa selbst von der Produktion nationalsozialistischer Gänsehautproduktion klar absetzt, beruhigt Steffens nicht: Denn die Resonanz „ist oft, eine sehr partikuläre, ja intime“ (45). Mit dem Hinweis auf die Imperative der Aufklärung verweist Steffens darauf, dass „Autonomie“ bei Rosa „nur noch als deskriptiver Begriff für eine individualisierte Moderne“ (S. 45) taugt.

Für Gerd Steffens – wie für den Rezensenten – ist daher plausibel: Es gilt „die Hoffnung eher den subversiven Widerstandsnestern von Diskurs und Kritik als den Zauberklangen von Resonanz“ (47).

Georg Auernheimer beschäftigt sich mit Konzepten des „Globalen Lernens“. Die Stoßrichtung seiner Kritik daran wird schon im Titel des Beitrags deutlich: „Global Education ohne vom Kapitalismus zu reden?“ (273). Er wirft einigen Vertretern des Globalen Lernens vor, diese sprächen vornehmlich in

Lehrformeln, wie „Vernetzung“ der Welt, einem Begriff, der eine „naturhafte Entwicklung suggeriere“ (274). „Die ökonomischen und politischen Strukturen und Machtkonstellationen, zum Teil auch die ökologischen Dilemmata verschwinden ... hinter Formeln wie ‚Komplexität‘“ (277).

Auch wenn versucht werde, an der konkreten Erfahrungswelt der Lernenden anzusetzen, zum Beispiel indem die Konsumentenrolle betrachtet werde, bestünde die Gefahr, dass man beim Plädoyer für Fair-Trade-Produkte stehen bleibe und so die Verantwortung für eine bessere Welt dem Individuum und dessen individueller Moralität anlaste.

Als wenig hilfreich sieht Auernheimer die sozialen Medien, die doch eigentlich transnationalen Dialog befördern könnten, aber nicht als Medium der Aufklärung wirken, „weil ein Hin und Her von Tweets und ReTweets, von Feed und Feedback keine Kommunikation zulässt, die den Dingen auf den Grund ginge“ (282).

Die zentrale Forderung, bei der Betrachtung der Welt die Strukturanalyse des Kapitalismus einzubeziehen, ist nachvollziehbar. Leider gibt er wenig Hinweise, wie dies in den Bildungsinstitutionen zu bewerkstelligen sein könnte. Er deutet an, ein erfahrungs- und handlungsorientiertes Lernen sei noch „am ehesten“ (281) erfolgversprechend und er führt als Beispiel die internationalen Flucht- und Migrationsbewegungen an, bei denen die strukturellen Ursachen zwingend in den Lernprozess zu integrieren seien. Leider baut er diesen Ansatz aber nicht aus, sondern gibt zwei Gründe an, die ihn gleich wieder in Frage stellen. Zum einen könnten Einsichten in die Strukturzusammenhänge „allzu leicht Mutlosigkeit“ (280) hervorrufen, zum anderen mache der Beutelsbacher Konsens („Überwältigungsverbot“) kaum möglich, die Macht des Kapitals zum Lerngegenstand zu machen“.

Beide Einwände leuchten mir nicht ein. Gewonnene theoretische Erkenntnisse über die Struktur der Welt, in der sie leben, können doch bei den Lernenden sehr wohl die beglückende Erfahrung bewirken, etwas verstanden zu haben. Auch stünde es einer kritischen Politischen Bildung gut an, das 1977 entwickelte Prinzip des „Überwältigungsverbot“ nicht hinnehmend zu zitieren, sondern es als das zu kennzeichnen, wozu es damals dienen sollte und auch heute immer noch taugt, nämlich gesellschaftskritisches Denken und Handeln nachhaltig zu diskriminieren.

Frank Nonnenmacher
(Frankfurt am Main)

Bildungsbausteine zum Globalen Lernen

Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hg.): Fokuscafé Lateinamerika, Wuppertal 2015, 240 Seiten, 12,00 Euro zzgl. Versandkosten

Das Informationsbüro Nicaragua e.V. wurde 1978 gegründet und gehört nach eigenen Angaben zu einer der ältesten Organisationen der internationalen Nicaragua-Solidaritätsbewegung, die im Gefolge der sandinistischen Revolution gegründet worden sind. Standen in den Gründungs- und den 1980er Jahren die praktische und politische Koordinierung der Solidaritätsarbeit im Zentrum seiner Aktivitäten, hat sich der Schwerpunkt der Arbeit mittlerweile auf



die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit verlagert, auch wenn nach wie vor soziale Initiativen und NGOs in Nicaragua unterstützt sowie die klassischen Solidaritätsreisen nach Lateinamerika angeboten und organisiert werden.

Das Themenspektrum hat sich in den letzten Jahren deutlich erweitert und so widmet sich das Informationsbüro einer Vielfalt von Themen: Freihandel, Privatisierung, Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, Arbeits- und Lebensbedingungen in den Ländern des globalen Südens, Soziale Bewegungen, Fragen der sozialen Sicherheit im globalisierten Kapitalismus, Internationalismus und Solidarität, Entwicklungskritik, Gender und reproduktive Rechte, Migration und Rassismus sowie ökologische Zukunftsfähigkeit. Eine wichtige Grundlage der Bildungsarbeit des Informationsbüros bildet eine „Werkheftbox“ mit Materialien unter dem Titel „Fokuscafé

Lateinamerika“, das die Initiative nun in einer vollständig bearbeiteten Neuauflage allen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der schulischen und außerschulischen politischen Bildung anbietet. Die Erarbeitung und Verbreitung der „Werkheftbox“ wurde durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert.

Die „Werkheftbox“ umfasst vier Werkhefte zu den Themen „Kolonialismus und Rassismus“, „Migration“, „Wirtschaft“ und „Klimawandel und Umweltkonflikte“ sowie ein Heft mit Handreichungen für Teamerinnen und Teamer. Eine umfangreiche Material-DVD liefert alle zur Durchführung der einzelnen Bildungsbausteine notwendigen Arbeitsblätter bzw. Kopiervorlagen, Videos, Audios, Karten, Bilder u.a.m. Die einzelnen „Werkhefte“ bieten neben „Baukästen“, Übungen und Methoden zum Einstieg bzw. Abschluss einer Lerneinheit, auch „Bausteine“ in Form von in sich abgeschlossenen didaktisch-methodischen Einheiten zu den jeweiligen Themenschwerpunkten an. Jeder „Baukasten“ endet mit umfassenden Literaturhinweisen sowie Link- und Medientipps. Die Übungen der „Baukästen“ und „Bausteine“ werden sehr detailliert für die Vorbereitung, Durchführung und

im Hinblick auf die jeweilige Zielsetzung beschrieben und es wird auf mögliche „Fallstricke“ hingewiesen. Sachanalytische und didaktische Überlegungen leiten jedes „Werkheft“ ein. Die einzelnen Baukästen bzw. Bausteine wurden für die Bildungsarbeit mit jungen Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren sehr teilnehmerorientiert konzipiert. Die vielfältigen Materialien der beigelegten DVD wurden äußerst sorgfältig bearbeitet und stehen als Kopiervorlagen, einige auch als bearbeitbare Materialien zur Verfügung, die an die jeweilige Lerngruppe angepasst werden können.

Die Autorinnen und Autoren verfolgen einen „machtkritischen“ Ansatz in der politischen Bildung, worunter sie die Thematisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen auf der Grundlage kapitalismuskritischer und postkolonialer Theorieansätze verstehen. Wer sich auf diesen Ansatz einlässt, dem stehen mit der „Werkheftbox“ ein großer Fundus problem- und handlungsorientierter wie auch sehr kreativer Bildungsbausteine und ein reichhaltiges Angebot unterschiedlicher Medien und Materialien zu Verfügung. Die „Werkheftbox“ kann über die Homepage des Informationsbüros bestellt werden: <http://www.infobuero-nicaragua.org/fokuscafe-lateinamerika/>

Martina Tschirner (Frankfurt/Main)

Die nächsten Hefte

POLIS 4/2017 (22. Dezember): Politische Bildung in beruflichen Schulen

POLIS 1/2018 (1. April): Sport und Politik

POLIS 2/2018 (1. Juli): Was ist uns die politische Bildung (noch) wert?

POLIS 3/2018 (1. Oktober): Sprache und Politik

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Heftthemen?

Wollen Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie, auf einen bereits erschienenen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In jedem Fall: Schreiben Sie an die Redaktion:

36100 Petersberg, Igelstück 5a, tschirner@em.uni-frankfurt.de.

Impressum

POLIS

Report der Deutschen Vereinigung für

Politische Bildung

Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung

für Politische Bildung durch den

Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Dirk Lange

(www.dvpb.de)

21. Jahrgang 2017

Leitende Redakteurin

Dr. Martina Tschirner

Igelstück 5a, 36100 Petersberg

Tel.: 0661 9621133

Verlag

Wochenschau Verlag

Dr. Kurt Debus GmbH

Adolf-Damaschke-Straße 10

65824 Schwalbach/Ts.

www.wochenschau-verlag.de

Redaktion

Dr. Martina Tschirner (V.i.S.d.P.)

Helmut A. Bieber

Dr. Moritz Peter Haarmann

Dr. Gudrun Heinrich

Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer

Prof. Dr. Dirk Lange

Hans-Joachim von Olberg

Prof. Dr. Bernd Overwien

Prof. Dr. Armin Scherb

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Verantwortlich für diese Ausgabe

Dr. Martina Tschirner

Verantwortlich für die DVPB aktuell

Helmut A. Bieber

Buchbesprechungen

Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Abonnentenbetreuung

Tel.: 06196 860-65

Fax: 06196 860-60

bestellservice@wochenschau-verlag.de

Herstellung

Susanne Albrecht, Opladen

Layoutentwurf

Wochenschau Verlag

Druck

Tolek Printing House

Erscheinungsweise

4 Hefte jährlich.

Preise

Einzelheft: 8,20 € zzgl. Versandkosten.

Abonnement: 26,00 € zzgl. Versandkosten.

In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreise

Preisliste Nr. 1 vom 1. Januar 2017

Anzeigenleitung

Brigitte Bell

Tel.: 06201 340279, Fax: 06201 182577

brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Bankverbindung

Volksbank Weinheim

IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07

BIC GENODE61WNM

© Wochenschau Verlag

Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen-/Beihefterhinweis

Der Abonnementausgabe liegen zwei Werbemittel aus dem Wochenschau Verlag bei: Katalog Fachbücher und Materialien für guten Unterricht und Flyer WOCHENSCHAU PICK & CHOOSE sowie eine Beilage des Schneider Verlages.

ISSN: 1433-3120, Bestell-Nr.: po3_17

Bildnachweise

Aufmacherfotos der Rubriken:

„Zeitung“: © Gina Sanders, fotolia.com;

„Fachbeiträge“: © raven, fotolia.com;

„Didaktische Werkstatt“: © Robert Neumann,

fotolia.com; „Literatur“: © adistock, fotolia.com